

DIE ARBEIT

Magazin des Gewerkschaftlichen Linksblocks - Nummer 1/2016



www.glb.at

Rassismus & Sexismus - Frauenpolitik & Frauenpensionen - Mindestsicherung - Bildungspolitik - Rüstungsexporte & Flüchtlinge - Neuerungen Sozialrecht - Handel - Russland-Sanktionen - Sozialkompetenz der FPO - Staatsanteile - Scheinselbstständigkeit - Wertschöpfungsabgabe - Mehr auf www.glb.at

GLB

IN DIESER NUMMER

Aus der Redaktion	2
Leserbrief	2
So nicht!	3
Zitiert	3
Quo vadis, Frauenbewegung?	4
Reflux und Reflex	5
Frauenpensionen im Visier	5
Märchen und Wahrheit	6
Guten Morgen Sozialbereich!	7
Bildung ist ein Menschenrecht!	8
Formel 12/60/24	9
Fundgrube	9
Profitable Geschäfte	10
Jetzt schlägt's Dreizehn	11
Faktenbox Hotellerie	11
Soziale Ansprüche wahrnehmen	12
Paradefall Zielpunkt	14
Schuss ins eigene Knie	14
Veränderte Gewerkschaftspolitik	15
Asozialer Heimat-Schmäh	16
Brillante Ideen	17
Die herrschende Meinung	18
Gefahr des Ausverkaufs	19
Gewerkschaftsvertretung	20
„Wir werden sichtbar“	20
Potenzial ist vorhanden	21
Mit Khol.Dampf in die Hofburg?	21
International gegen Privatisierungswahn	22
Sonstiges	23
Karl Bergers Cartoon	24

Offenlegung laut § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) ist der Gewerkschaftliche Linksblock (GLB). Der GLB ist Teil des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) und bekennt sich zur Hauptresolution des 1. Bundeskongresses des ÖGB. Der GLB ist ein Verein. Vorstandsmitglieder sind Josef Stingl (Vorsitzender), Horst Alic, Barbara Buchacher-Kundi, Thomas Erlach, Rosalia Krenn (Stellvertretende Vorsitzende), Oliver Jonischkeit (Sekretär) und Martina Höllisch (Kassierin). Die Blattlinie entspricht den Grundsätzen des GLB.

AUS DER REDAKTION

Der Internationale Frauentag am 8. März ist wie immer Anlass in der „Arbeit“ einen frauenspezifischen Schwerpunkt zu setzen. Die Ereignisse in der Silvesternacht in Köln und dass ausgewiesene Rassisten plötzlich die Würde der Frauen entdecken um ihre Vorurteile gegen Flüchtlinge zu pflegen ist ein Aspekt der aktuellen Debatte dazu. Themen wie Frauenpensionen, Mindestsicherungsdebatte, gewerkschaftliche Frauenarbeit sind weitere Aspekte.

Mit einem Pensionsgipfel Ende Februar will die Regierung Weichenstellungen in der jahrelangen unsäglichen Pensionsdebatte treffen. Im Vorfeld wurden die Absichten des Kapitals und seiner Sprachrohre recht deutlich: Frühere Hinaufsetzung des Frauenpensionsalters, weitere Daumenschrauben bei

Frühpensionen oder weitere Förderungen für private Vorsorge sind nur einige davon. Fest steht freilich schon jetzt: Die Pensionsdebatte wird sicher nicht mit diesem Gipfel beendet sein.

Ziemlich ernüchternd ist die Bilanz der im Herbst gestarteten Kollektivvertragsverhandlungen: Metall und Handel 1,5 Prozent, öffentlicher Dienst 1,3 Prozent, Sozialwirtschaft 1,35 Prozent. Dazu eine Pensionserhöhung von mageren 1,2 Prozent. Das deckt bestenfalls die Inflation ab. Von einer Abgeltung des Wirtschaftswachstums kann dann wohl keine Rede mehr sein. Ganz davon abgesehen, dass der Miniwarenkorb für Güter des täglichen Bedarfs fast doppelt so hoch ist wie der VPI und die Wohnkosten ohnehin seit Jahren um rund vier Prozent steigen.

LESERBRIEF

Der ÖGB wurde 1945 als einheitlicher, überparteilicher Gewerkschaftsbund gegründet – nicht zuletzt aufgrund der grauenvollen Erfahrung mit dem mörderischen Naziregime, durch das auch tausende Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in den Konzentrationslagern landeten und ermordet wurden.

In der 1. Republik gab es noch Richtungsgewerkschaften, darunter die „Freien Gewerkschaften“ und die „Christlichen Gewerkschaften“, die vielen Kapitalisten ein Dorn im Auge waren. Nicht zuletzt deshalb gründeten einige von ihnen die sogenannten „Gelben Gewerkschaften“ – um die tatsächlichen Gewerkschaften zu bekämpfen. Die „Gelben Gewerkschaften“ dienten

nicht zuletzt den Heimwehren zur Unterwanderung bestehender gewerkschaftlicher betrieblicher Organisationen und waren in ihrem Populismus entscheidende Wegbereiter des Faschismus und des Nationalsozialismus.

Seit seiner Gründung ist dem ÖGB der Kampf gegen den Faschismus ein Anliegen und ist auch im § 3 Absatz 1 seines Statuts festgehalten. Aus all dem ergibt sich, dass der ÖGB nicht einmal andeutungsweise in die Nähe von „Gelben Gewerkschaften“ gebracht werden kann. Am Oktoberstreik 1950 haben vor allem auch Gewerkschafter_innen teilgenommen, in der Folge wurden viele Kolleg_innen in den Gewerkschaften ihrer Funktionen enthoben oder wie der Vizepräsident Gottlieb Fiala aus dem ÖGB ausgeschlossen. Erst – aber immerhin – am 29.10.2015 wurden diese auf Initiative des GLB vom ÖGB-Bundesvorstand rehabilitiert.

Als klassenorientierte Gewerkschafter_innen lehnen wir die als Herrschaftsinstrument instrumentalisierte Sozialpartnerschaft ab. Wir laden alle fortschrittlichen Kolleg_innen ein, ÖGB-Mitglied zu werden und im ÖGB den Gewerkschaftlichen Linksblock zu stärken bzw. mit uns aktiv zu werden.

Oliver Jonischkeit,
GLB-Bundessekretär



SO NICHT!

Sexuelle Übergriffe gegen Frauen in der Silvesternacht in Köln, aber auch in Salzburg oder Wien lassen die Wogen hochsteigen. Nicht um die Opfer geht es, nein viel mehr wird die Diskussion um Verschärfung im Asylrecht, die Beschleunigung von Abschiebungen und überhaupt die „Einwanderung“ sexueller Gewalt durch Migranten aufgebauscht.

Da wird ein Thema für Rassismus instrumentalisiert, in dem es eigentlich um ein grundsätzliches Anliegen der fortschrittlichen Frauenbewegung geht. Um den Kampf gegen sexuelle und sexualisierte Gewalt in Ehe und Partnerschaft, am Arbeitsplatz und in der alltäglichen Lebenswelt. Um den Kampf für Gewaltschutz, bedarfsgerechte Frauenhäuser und die Durchsetzung des Rechts auf Selbstbestimmung.

Mit Migration hat das wenig, mit gesellschaftlicher Rollenzuschreibung, Sexismus und dem Festhalten am Klischee vom „starken Mann im Haus“ hingegen viel zu tun. Sexuelle Übergriffe, Vergewaltigungen und Belästigung geschehen tagtäglich auch vor der eigenen Haustür und durch Nicht-Migranten, und das scheint wenige aufzuregen. Die Botschaft meist männlicher Pseudobeschützer von Polizei und anderen Behörden lautet dann überspitzt gesagt: „Frauchen, geh nicht alleine fort, geh nicht an gefährliche Orte, geh nicht im Dunkeln! Und tust du es doch, bist du selbst dran schuld, wenn was passiert.“

Also Frau, lass dich an die Kette legen, damit du in Sicherheit bist. Auch ein „Po-Grapschen“ (Abgeordneter Markus Franz, vormals Team Stronach, jetzt ÖVP, ist beispielgebend) ist ja wohl tolerierbar, wenn es dir dann den Mann verschafft, der dich schützt, nährt und sichert. Weg mit deiner Selbstständigkeit, die du ohnehin nicht leben willst, bleib daheim und Sorge für deinen Beschützer.

Dann könntest du dir auch die Rufe nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit, den Schrei nach einem Mindestlohn von 1.700 Euro, das Jammern um die unbezahlte Arbeit beim Kümmern um die Kinder und zur Pflege von Angehörigen sparen. Du bräuchtest nicht mehr so viel Bildung, weil du ohnehin nie eine



Führungsposition bekommst, du könntest die Politik den Männern überlassen und wir könnten auf Gewaltschutzzentren, Notwohnungen und Frauen- und Mädchenberatungsstellen verzichten. Keine Diskussion mehr um Einkommensschere, Kinderbetreuung und familienfreundliche Arbeitszeitmodelle. Na und das leidliche Thema Pensionsversicherung hätte sich auch erledigt. Schluss mit der Emanzipation, aus und basta! Ui, jetzt bin ich doch ein wenig in die Gedankenwelt einiger Ober-Machos abgedriftet.

Nein, liebe Männer, so einfach ist das nicht. Schließlich leben wir im Jahr 2016, da sind wir schon um einiges selbstbewusster. Wir bemerken die unterschwellige, versteckte Frauenfeindlichkeit, die beispielsweise in so manchen politischen Beschlüssen steckt, die Frauen ausgrenzt und die Frauen abwertet. Wir müssen zwar keine Kopftücher mehr tragen, dürfen wählen gehen und Bildung erwerben. Aber von Gerechtigkeit und Chancengleichheit sind wir auch in Österreich noch weit entfernt.

Heike Fischer ist Diplompädagogin und Betriebsratsvorsitzende im Diakonie Zentrum Spattstraße Linz und GLB-Landesvorsitzende in OÖ



ZITIERT

Wenn mich meine Feinde loben, kann ich sicher sein, einen Fehler gemacht zu haben. August Bebel (1840-1913), deutscher Politiker (SPD)

≈

Jeder ist ein Genie. Aber wenn du einen Fisch danach beurteilst, ob er auf einen Baum klettern kann, wird er sein ganzes Leben glauben, dass er dumm ist. Albert Einstein

≈

Gleichberechtigung gibt es, keine Frage - aber jemand muss dann letztendlich entscheiden. Der Mann ist Hauptverantwortlicher sozusagen. Murat Baser, Vorsitzender der Islamischen Glaubensgemeinschaft OÖ, Die Presse, 25.11.2015

≈

Viele Menschen sind zu gut erzogen, um mit vollem Mund zu sprechen. Aber sie haben keine Bedenken, es mit leerem Kopf zu tun. Oscar Wilde, 1887

≈

Das Einfamilienhaus, ein Vorbote des Unheils, den man immer weiter draußen in der Landschaft antrifft, ist der Inbegriff städtischer Verantwortungslosigkeit und die Manifestation des privaten Egoismus. Alexander Mitscherlich, 1965, Die Presse, 24.10.2015

≈

Es gibt drei Dinge, die sich nicht vereinen lassen: Intelligenz, Anständigkeit und Nationalsozialismus. Man kann intelligent und Nazi sein. Dann ist man nicht anständig. Man kann anständig und Nazi sein. Dann ist man nicht intelligent. Und man kann anständig und intelligent sein. Dann ist man kein Nazi. Gerhard Bronner

≈

Eine der Hauptaufgaben der Bundespolitik muss es sein ... den föderalen Luxus abzustellen. Denn die Regierung hat sich in den letzten Jahren eine Nase zugelegt, auf der ihr die Landeshauptleute herumtanzen. Franz Vranitzky, Ex-Bundeskanzler (SPÖ), Der Standard 19.10.2015

≈

Ich bin kein Kapitalist. Ich bin Unternehmer und beute niemanden aus. Alfred Gusenbauer, Ex-Kanzler und Ex-SPÖ-Chef, Kurier, 29.11.2015

QUO VADIS, FRAUENBEWEGUNG?

Eine berechtigte Frage, denn der GPA-Bundesfrauenvorstand war am 26. November 2015 nicht beschlussfähig. Diskutiert wurde trotzdem. Im Schatten der Vorabstriche seitens der Sozialpartnerschaft.

Der erste Punkt wurde im Sinne eines Abwartens der zugemuteten, geschickten Verhandlungen betreffend die Novellierung des Mutterschutzgesetzes in zwei Minuten abgehandelt: die böse Wirtschaft blockiert unsere Zustimmung durch zwei ungeheuerliche Forderungen! Kampfmaßnahmen sind angesagt!

JUBEL!

Die FLAF-Reduzierung vom Arbeitsmarktgipfel ist definitiv eine Schande, aber sozialpartnerschaftlich, mit der Wichtigkeit der sonstigen Arbeitsmarktmaßnahmen begründet, bereits beschlossen, heißt es. Es bleibt zu beobachten, wo das hinführt. Es hat mit einer Frauenbewegung nichts zu tun, also nur quo vadis.

Der Schwerpunkt schlechthin, Kollektivvertragspolitik, überlappt sich mit den allgemeinen Forderungen des Bundesvorstandes: Transparenz der All-In Verträge, Arbeitszeitverkürzung, Freizeitoption, zusätzliche freie Arbeitstage, 6. Urlaubswoche, 1.700 Euro Mindestlohn, mit Wirkung auf die ganze Einkommenstabelle, versteht sich.

Ein Erfolgserlebnis kommt vom „Anker“, wo bereits eine Betriebs-

vereinbarung zur Aufstockung der Teilzeit bzw. verpflichtenden internen Stellenausschreibung abgeschlossen wurde. Des Weiteren wurde ein Rechtsanspruch auf Papa-Sabbatical durch geeignete Betriebsvereinbarungen erreicht.

Ähnlich wie bei der Kinderbetreuung soll eine Pflgeteilzeit mit Modellwahl betrieblich in BVs ausverhandelt werden. Zum Glück gibt es tüchtige BetriebsrätInnen vor Ort, denn ohne entsprechend abgeschlossene Betriebsvereinbarungen sprechen wir noch nicht von Errungenschaften.

APROPOS ERRUNGENSCHAFTEN

Kehren wir zum wichtigsten Punkt des Tages zurück. Die Novelle zum Mutterschutzgesetz ist mittlerweile seit 1. Jänner 2016 in Kraft getreten. Und die seitens der Gewerkschaften nicht gewollte Aushebung des Kündigungsschutzes ist eingetreten! Mit Möglichkeit der einzelnen Mitarbeiterinnen zur Verhandlung mit dem Vorgesetzten! So viel zur Solidarität und zu den Kampfmaßnahmen!

Ich kann nicht einmal Kompromisse aus der neuen Fassung herauslesen ... sprich: wir haben uns für dumm verkauft. Wir müssen ja einsehen, dass die vorhergehende Fassung zum Missbrauch führen konnte! Um Kündigungsschutz während der ersten vier Jahre Elternteilzeit zu erlangen! So: jetzt werden wir gezwungen unsere

Elternteilzeit zu den Bedingungen des Arbeitgebers und nicht zu unseren Bedürfnissen anzupassen. Tolle Leistung! Jubel!

Wohlgermerkt, Ausmaß und Lage der Elternteilzeit waren bisher auch, nach Abwägung der Interessen, Vereinbarungssache. Das heißt im Klartext: die Novelle ist definitiv eine Verschlechterung aus Sicht der Mütter! Mit Ausnahme von den freien Dienstnehmerinnen, die in der neuen Fassung auch erwähnt werden. Von einer Gleichstellung spricht keiner! Doch, die Fehlgeburten werden den lebend geborenen Kindern gleichgestellt. Wie wenn das aus gesundheitlichen Gründen nicht eine Selbstverständlichkeit wäre!

Ein Trosttropfen auf den heißen Stein: das Väterkarenzgesetz ist nicht positiv diskriminierend. Aus Sicht der Väter. Wenn man aber bedenkt, dass die meisten Arbeitgeber männlich sind...? Also meine berechtigte Frage: quo vadis, Frauenbewegung?

Übrigens: 2016 gibt es viel zu tun! Bloß, wenn wir mit Reparaturarbeiten beschäftigt werden, die unsere gesamte solidarische und kämpferische Energie in Anspruch nehmen, noch dazu, die Arbeitgeberseite anscheinend einen Schritt voraus ist, wie wollen wir die Visionen unserer Vorgängerinnen umsetzen? Was haben wir überhaupt noch für Visionen?

Würde mir jemand jetzt endlich meine Frage beantworten: quo vadis, Frauenbewegung?



Cristina Tamas ist GLB-Betriebsrätin und Aufsichtsrätin im Austrian Institute of Technology



REFLUX UND REFLEX

Es stößt wie Sodbrennen sauer auf, zum Kotzen, was da aus Köln und anderen deutschen Städten berichtet wird: Frauen wurden in der Silvesternacht von einer männliche Horde begripscht, vergewaltigt, ausgeraubt.

Die Männer, die in Gruppen auf die Opfer losgingen, wurden von vielen Betroffenen als „dem Aussehen nach nordafrikanischer Herkunft“ beschrieben. Sie seien stark alkoholisiert gewesen und mit enthemmter Gewalttätigkeit vorgegangen. Nach Auskunft der Polizei wurden nach den Vorfällen am Kölner Hauptbahnhof hunderte Anzeigen erstattet.

Der Reflex kam prompt: Deutschlands Innenminister de Maizière sprang wie ein Pawlowscher Hund auf das Asylthema an und will die Abschiebung straffälliger Asylbewerber erleichtern. „Wer schwere Straftaten begeht, in welchem Status auch immer er sich befindet, der muss damit rechnen, aus Deutschland abgeschoben zu werden.“ Die Genfer Flüchtlingskonvention mache dazu allerdings strenge Vorgaben. In Deutschland gelte bisher die Regel, dass sich erst

eine Haftstrafe von drei Jahren auf ein Asylverfahren auswirke. „Wir werden darüber zu reden haben, ob das nicht geändert werden muss“, so der Minister.

WIE AUF FPÖ-PLAKATEN

Aha, also. Nordafrikaner, Asylwerber, Fremde, die unsere deutschen Frauen angreifen. Ein ganzer Stoßtrupp deutscher Rechtschaffener, Geschlecht meist, aber nicht nur männlich, ist unterwegs, um unsere deutschen Frauen zu schützen. Wieso erinnert mich das alles so fatal an FPÖ-Plakate mit den Slogans „Zu schön für einen Schleier“ oder „Heimatliebe statt Marokkaner-Diebe“? Der Reflux, der mir sauer aufstößt, ist der völkische Reflex, Gewalt gegen Frauen würde von außerhalb der Schengen-Grenzen eingeschleust, so als würden Übergriffe und Gewalttaten nicht auch hier für viele Frauen trauriger Alltag sein. Mich empört der Beschützergestus männlicher Gattung aus dem rechten Lager, das niemals auch nur irgendein Verständnis hatte für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen.

Und dann kommt der alte Reflex hinzu, Frauen seien selbst schuld:

Weshalb müssen sie in der Silvesternacht umherziehen. Auch Kölns Oberbürgermeisterin Henriette Reker, selbst Opfer einer männlichen Messerattacke, riet Frauen nach den Übergriffen in der Silvesternacht: „Es ist immer eine Möglichkeit, eine gewisse Distanz zu halten, die weiter als eine Armlänge betrifft.“

Wie steht es denn eigentlich mit der Distanz der Polizei, die von den Vorfällen am Hauptbahnhof nichts oder zu spät bemerkt haben will? Wo blieb die Zivilcourage von PassantInnen rund um das Geschehen? Und wie steht es mit der Armlänge der Politik, die Gelder für Gewaltopfer-Projekte kürzt und Betroffene, ob „in“- oder „aus“ländisch, am ausgestreckten Arm verhungern lässt? Dass diese Vorfälle, die in ihrem wolfsrudelhaften Auftreten von Männern gegen Frauen, ob „In“- oder „Aus“länder, erschreckend sind, nun für eine schändliche Asyldebatte missbraucht werden, wird weitere scheinheilige Schleimspuren durch Europa ziehen.

Bärbel Danneberg ist Journalistin und lebt in Wien

Aus „Volksstimme“ 1-2/2016

Anita Kainz zum Internationalen Frauentag

FRAUENPENSIONEN IM VISIER

1997 unterzeichneten 644.977 Menschen das Frauenvolksbegehren. Der damalige Bundeskanzler Klima kündigte in Medien an, die elf Forderungen „zu hundert Prozent“ umsetzen zu wollen. Seit damals herrscht Funkstille.

Eine der Forderungen lautete: Keine weitere Anhebung des Pensionsantrittsalters für Frauen, bevor nicht die tatsächliche Gleichbehandlung in allen Bereichen gegeben ist. Obwohl es diese Gleichbehandlung bis heute nicht gibt, fordern Pensionsexperten regelmäßig, dass Frauen länger arbeiten sollen. Die Höhe der Pension richtet sich aber nach dem Einkommen und da Frauen noch immer weniger verdienen als Männer und auch weniger Vollarbeitszeitplätze bekommen, erhalten sie auch eine geringere Pension.

Am 11. Oktober 2015 war in Österreich „Equal Pay Day“. Männer haben an diesem Tag bereits jenes Einkommen erreicht, für welches Frauen noch bis zum 31. Dezember 2015 arbeiten mussten. Österreich ist nach wie vor bei den Einkommensunterschieden zwischen Mann und Frau eines der Schlusslichter in Europa. Da gerade die typischen Frauenberufe am schlechtesten bezahlt sind, wäre ein gesetzlicher Mindestlohn dringend notwendig, um vom Erwerbseinkommen und im Alter von der Pension leben zu können.

ZU WENIG VOLLARBEITSPLÄTZE

In bestimmten Berufen gibt es auch immer weniger Vollarbeitszeitplätze für Frauen. Im Handel und im Gastgewerbe arbeiten fast alle Frauen nur mehr Teilzeit und von derzeit 300.000 geringfügig Be-

schäftigten sind 66 Prozent Frauen. All das sind die wirklichen Gründe, wegen deren die Frauen - meistens Alleinerzieherinnen - trotz Berufstätigkeit armutsgefährdet sind und in der Pension gänzlich in die Armut fallen.

Außerdem steigt die Altersarbeitslosigkeit und immer mehr Frauen gehen nicht aus der Arbeit sondern aus der Arbeitslosigkeit in Pension und das bedeutet einen weiteren Schritt in die Armutsfalle. Daher muss der Kampf um die Gleichbehandlung in allen Bereichen weitergehen, denn nur wer nicht kämpft hat schon verloren!

Anita Kainz ist Landesvorsitzende des Zentralverbandes der Pensionist_innen in Wien

MÄRCHEN UND WAHRHEIT

Empfänger_innen der Mindestsicherung wird oft vorgeworfen, in der „soziale Hängematte“ zu liegen, weil sie keine Lust haben, arbeiten zu gehen. Die Realität sieht anders aus. Verschiedene Märchen zur Mindestsicherung verdienen es, unter die Lupe genommen und auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft zu werden.

Seit Monaten drängen Stimmen aus der Bundesregierung auf eine Verschlechterung der Mindestsicherung. Die einen wollen Lebensmittelscheine einführen, die anderen den Zugang erschweren oder Leistungen kürzen. Auch Landesregierungen sprechen von einer „Evaluierung“ der Mindestsicherung.

Bereits 2011, als die Mindestsicherung die Sozialhilfe abgelöst hat, kam es trotz eines bestehenden „Verschlechterungsverbot“ in der Steiermark trotz massiver öffentlicher Proteste zu massiven Kürzungen bei der Mindestsicherung. Es gibt – außer bei Kindern – keine Sonderzahlungen mehr, der Kinderrichtsatz wurde massiv verringert, auf die Miete wird nicht mehr individuell eingegangen.

Märchen: Menschen, die Mindestsicherung beziehen, sind faul und wollen nicht arbeiten.

Wahrheit: Um Mindestsicherung beziehen zu können, muss man dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Ausgenommen sind Menschen, die das Pensionsalter erreicht haben, Kinder bis zum 3. Lebensjahr betreuen, massiv krank sind oder Angehörige pflegen, die mindestens Pflegegeld der Stufe 3 beziehen oder sich in einer Berufsausbildung befinden, die sie vor dem 18. Lebensjahr begonnen haben.



Voraussetzung für den Bezug der Mindestsicherung ist also, dass man sich beim AMS arbeitssuchend meldet. Das beinhaltet regelmäßige Vorsprachen beim AMS, Besuch der vorgeschriebenen AMS-Kurse, Bewerbungen auf offene Stellen, die das AMS vorgibt und Arbeitssuche in Eigeninitiative. Wenn man AMS-Termine versäumt oder sich bei einer Arbeitsstelle nicht bewirbt, kann die Mindestsicherung bis zur Hälfte gekürzt werden. Tatsache ist: Es gibt zu wenig bezahlte Arbeit und somit einen Verdrängungswettbewerb am Arbeitsmarkt. Es gibt weniger Arbeitsplätze als Arbeitslose und daher sind viele Menschen auf die Mindestsicherung angewiesen.

Märchen: Wir können uns die Mindestsicherung nicht leisten!

Wahrheit: Im September 2014 haben 184.298 Menschen in Österreich Mindestsicherung bezogen. 2013 wurden österreichweit knapp 600 Millionen Euro ausbezahlt. Für das gesamte Budget waren im selben Jahr 75 Milliarden Euro vorgesehen. Die Mindestsicherung macht davon also nur 0,8 Prozent aus.

Märchen: Jeder bekommt 837 Euro pro Monat an Mindestsicherung.

Wahrheit: Die durchschnittliche Höhe der in Österreich ausbezahlten Mindestsicherung beträgt nicht 837 Euro – das wäre das Maximum – sondern laut Armutskonferenz nur rund 300 Euro. Denn wer auch aus anderen Quellen Geld bezieht (und das sind 75 Prozent), weil er oder sie Teilzeit arbeitet, vom AMS Geld bekommt oder andere Sozialleistungen wie Kinderbetreuungsgeld erhält, bekommt entsprechend weniger.

Märchen: Es gibt eine große Anzahl von Sozialbetrugsfällen bei der Mindestsicherung.

Wahrheit: Die Überprüfung der Behörden vor dem ersten Bezug der Mindestsicherung ist rigoros: Einsicht in die Kontoauszüge der letzten Monate, Feststellung von Nebeneinkommen, Einsicht in Mietverträge und ins Grundbuch, etwaige Versicherungen, KFZ-Besitz und vieles mehr. Eine Studie belegt, dass es nur

gegen 0,8 Prozent der arbeitslos gemeldeten Mindestsicherungsbezieher zum untersuchten Zeitpunkt vom AMS eine Sanktion wegen Arbeitsunwilligkeit gab. Wer lügt, bezahlt bis zu 4.000 Euro Strafe.

Märchen: Der Großteil der Bezieher von Mindestsicherung sind „Asylanten“.

Wahrheit: Asylwerber sind ohnehin nicht bezugsberechtigt, sie erhalten lediglich eine geringe Grundversorgung vom Bund. Wem nach strenger Überprüfung Asyl gewährt wird und wer einen Konventionspass erhält und einem österreichischen Bürger gleichgestellt ist, hat auch Anspruch auf Mindestsicherung. In einigen Bundesländern kann keine Auskunft über die Anzahl der „Flüchtlinge“, die Mindestsicherung beziehen, gegeben werden, weil dies gar nicht erhoben wird. In der Steiermark waren im April 2015 4,6 Prozent der Bezieher Flüchtlinge, in Wien im gesamten Jahr 2014 8,3 Prozent.

Märchen: Eine Familie, in der ein Elternteil arbeitet und wenig verdient, bekommt weniger als Mindestsicherungsbezieher.

Wahrheit: Es gibt Familien mit Kindern, wo ein Elternteil arbeitet und der Verdienst unter dem Mindestsicherungsrichtsatz liegt. Diese Familie hat natürlich Anspruch, die Differenz als Mindestsicherung zu beziehen. Soweit zur derzeitigen Situation. Nun fordert die ÖVP eine Neuordnung bzw. Straffung der Mindestsicherung. Es werden einheitliche Verfahren, bessere Kontrollen und Sanktionen bei Missbrauch gefordert. Gegen einheitliche Verfahren ist nichts einzuwenden, Kontrollen und Sanktionen gibt es bereits jetzt. ÖVP-Klubobmann Lopatka hat weiterhin gefordert, die Mindestsicherung auf 1.500 Euro zu deckeln, egal wie groß eine Familie ist. Dies ist ein Vorschlag gegen Familien mit Kindern von einer Partei, die angeblich so „familienfreundlich“ ist.



Karin Gruber ist Sozialarbeiterin im KPÖ-Landtagsklub Steiermark

GUTEN MORGEN SOZIALBEREICH!

Am 15. Jänner 2016 wurden die KV-Verhandlungen der Sozialwirtschaft Österreich abgeschlossen. Das Ergebnis: 1,35 Prozent KV Erhöhung und einige Zugeständnisse im Rahmenrecht. Etwa die Anhebung der Schmutz-, Erschwernis- und Gefahrenzulage für die ersten vier Verwendungsgruppen auf das Niveau der restlichen.

Alles was wir im Rahmenrecht erreicht haben steht schon seit Jahren auf unserer Forderungsliste, trotzdem ist mit diesem Abschluss kein großer Wurf gelungen. Verglichen mit anderen KV-Abschlüssen ist der SWÖ-Abschluss im Mittelfeld. EuphorikerInnen jubeln, dass um 0,35 Prozent über der vereinbarten Inflationsrate abgeschlossen wurde. Trotzdem sind wir wieder einmal von unseren Verhandlungszielen weit entfernt.

Im Forderungspapier wurde formuliert, dass im Sozialbereich großer Aufholbedarf besteht, weil die Einkommen mehr als 20 Prozent unter dem Durchschnitt der Angestellten liegen. Im Rahmenrecht ist die Liste nicht durchgesetzter Forderungen so lang geworden, dass eine KV-Runde ohnehin nicht mehr ausreicht. Ein weiterer Fakt sind die 1.700 Euro KV-Mindestlohn als Beschlusslage der GPA-djp und deren Erreichung als Arbeitsauftrag an uns GewerkschaftsfunktionärInnen.

Umso erstaunlicher, dass in der zweiten Verhandlungsrunde keine Forderung gestellt wurde, die uns der Erreichung unserer Ziele näherbringt. Es wurde sogar auf einen bereits vereinbarten dritten Verhandlungstermin, auf begleitende Aktionen und die Mobilisierung der Beschäftigten verzichtet.

Für den Vorschlag mit der Forderung nach 200 Euro Fixbetrag in die Verhandlung zu gehen um die unteren Verwendungsgruppen stärker anzuheben, damit für die oberen Verwendungsgruppen eine deutliche Erhöhung zu erreichen und 1.700 Euro Mindestlohn umzusetzen, fand sich aber keine Mehrheit. Als Mitglied des großen Verhandlungsteams stimmten schließlich nur acht Betriebsratsvorsitzenden gegen den SWÖ-Abschluss, aber 26 dafür.

Forderungen muss mit Mobilisierung der Beschäftigten und mit Kampfmaßnahmen Nachdruck verliehen werden. FunktionärInnen des GLB setzen sich für kämpferische Gewerkschaften ein und schlagen vor, die seit 2004 aufgestauten Rahmenrechtsforderungen, sowie 1.700 Euro Mindestlohn bei der KV-Runde Ende 2016 als Gesamtpaket zu fordern. Dafür sollten wir bereits jetzt beginnen, die Beschäftigten zu mobilisieren und auf Kampfmaßnahmen bis hin zum Streik vorzubereiten.

Die Gewerkschaft definiert sich immer noch als Kampforganisation, es wird daher höchste Zeit, aus der Lethargie zu erwachen. Wir laden alle MitarbeiterInnen aus dem Sozialbereich ein, sich mit dem GLB dafür einzusetzen. Es ist Zeit aufzustehen!

Ja, Aufstehen wäre super. Aber auch die Diakonie liegt noch in tiefster Kuschelmanier unter einer harmonisierenden Bettdecke von Schweigen und Zufriedenheit. Bereits im Dezember 2015 fand die erste Verhandlungsrunde zum Diakonie-KV statt. Der Schwerpunkt lag beim Rahmenrecht. Arbeitgeber sowie vda und GPA-djp konnten sich erfolgreich auf Verbesserungen bei der Anrechnung nichtfach einschlägiger Vordienstzeiten einigen, die Zulage für Rufbereitschaftsdienste bis zu elf Stunden wurde deutlich erhöht. Hingegen war es auch im Vorfeld kritischen BetriebsrätInnen nicht gelungen sich durchzusetzen und der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung erhöhte Priorität einzuräumen.

Ein weiterer Verhandlungstermin wurde für Ende Jänner 2016 vereinbart, um wie mittlerweile schon üblich den Sozialwirtschafts-KV abzuwarten. Flüstertöne über eine Valorisierung der Gehälter, Zuschläge und Zulagen um vielleicht 1,3 Prozent waren vernehmbar. Dass es keine 1,5 Prozent werden würden, hatte der Bundessekretär bereits im Oktober angekündigt. Die Idee, mit kämpferischer Haltung in die Offensive zu gehen, wurde von der Mehrheit der BetriebsrätInnen aber auch vom besagten Sekretär nicht aufgegriffen.

Der Abschluss des Caritas-KV mit einer Valorisierung um 1,4 Prozent, allerdings ohne Verbesserungen



im Rahmenrecht, weckten zaghafte Hoffnungen, dass auch der Diakonie eine solche Valorisierung gelingen könnte. Aber weit gefehlt. Wie immer orientierte man sich am Sozialwirtschafts-KV. Dass es im Diakonie-KV sogar noch Gehaltsgruppen unter 1.500 Euro gibt und dort akuter Handlungsbedarf besteht, stieß bei der Mehrheit der BetriebsrätInnen auf taube Ohren.

Das Arbeitgeber-Angebot mit 1,35 Prozent Valorisierung wurde geschluckt, den untersten Gehaltsgruppen gestand man 1,5 Prozent zu, damit sie irgendwann einmal in die Nähe von 1.500 Euro rücken. Die Diskussion erweckte den Anschein, als habe die Mehrheit der verhandelnden BetriebsrätInnen keine Lust zum Verhandeln oder seien ihnen ihre Beschäftigten egal. Hauptsache die Arbeitgeber sind glücklich und alle können rasch wieder nach Hause fahren.

Die Abstimmung zeigte dann auch, dass nur einige Betriebsräte von AUGÉ und GLB bereit gewesen wären, nicht gleich nachzugeben. Das sind für eine Auseinandersetzung über einen Kollektivvertrag für ca. 6.000 Beschäftigte jedoch zu wenig. Gute Nacht, Diakonie! Vielleicht wirst du irgendwann aus deinem Dornröschenschlaf erweckt.

Heike Fischer ist BRV im Diakonie Zentrum Spattstraße Linz, Thomas Erlach ist BRV von EXIT-sozial Linz

BILDUNG IST EIN MENSCHENRECHT!

Unter dem Motto „Gemeinsame Schule! Demokratische Schule! Mehr Geld für Bildung!“ veranstaltete am 2. Februar 2016 die überparteiliche „Bildungsinitiative ÖÖ“ eine Demonstration für eine Bildungsreform im Interesse der Betroffenen.

Die Sparpolitik im öffentlichen Dienst wirkt sich sowohl für PädagogInnen als auch für Kinder und Jugendliche angefangen vom Kindergartenalter bis hin zum Studium oder der Berufsausbildung verheerend aus. Viel zu große Lerngruppen, viel zu wenig Arbeitsplatz, zu wenig Personal im Bereich der sozialen und psychischen Betreuung, schlecht funktionierende EDV-Technik und unzureichende Minimalvarianten der Nachmittagsbetreuung sind nur einige Kennzeichen der bestehenden Bildungspolitik.

Die ökonomische Effizienz – Wertbarkeit und Budgetschonung – stehen im Vordergrund. Tatsächlich sollte es aber um die Entfaltungsmöglichkeiten der Menschen gehen, die dort heranwachsen und lernen, und um sinnvolle Rahmenbedingungen für die, die dort arbeiten.

NEBULOSES KOMMISSIONSPAPIER

Das im November 2015 veröffentlichte Papier der Bildungsreformkommission enthält noch nicht viel Konkretes. Noch deutlicher als bisher soll der Bildungsbereich verwertungsökonomischen Interessen untergeordnet werden. Stichwort „Bildungskompass“. Mit ihm sollen die Kompetenzen der Kinder und Jugendlichen fortlaufender Überprüfung und Dokumentation unterworfen werden, und das bereits beginnend im Kindergartenalter.

Mit Bildung und freier, selbstbestimmter Entwicklung hat dies freilich wenig zu tun. Permanentes Controlling stärkt nicht die Lernenden, sondern zielt darauf ab, dem Schul- und Bildungsmanagement mehr Bedeutung durch die Umsetzung der zentralen Vorgaben und Bildungsziele und der Erstellung von Qualitätsberichten einzuräumen.

THINKER UND DOER

In seiner Ansprache zitierte Thomas Erlach (GLB) den neoliberalen Vordenker Milton Friedman, der die Menschheit in zehn Prozent Thinker und 90 Prozent Doer teilt. Für die Doer reicht es aus, wenn sie so gebildet sind, dass sie am Arbeitsplatz die Anordnungen der zehn Prozent Thinker umsetzen können. Das ist die Ideologie, die hinter dem vorgestellten Bildungsmodell steckt. Von Demokratie keine Spur.

Der entschlossene Weg beispielsweise hin zu einer Gesamtschule wäre ein tatsächlicher Demokratieschritt auch in Richtung Chancengleichheit. Ohne ausreichende finanzielle Investition wird dieser aber nicht funktionieren. Und ohne Ausbau der inneren Demokratie, z.B. mehr Entscheidungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche darüber was und wie sie etwas lernen wollen oder Entscheidungsmöglichkeiten der PädagogInnen darüber was und wie sie etwas lehren und vermitteln wollen, wird es keinen Fortschritt in der Bildungspolitik geben.

Für eine wirkliche Bildungsreform, die diesen Namen auch verdient, bedarf es also einer grundlegenden Trendumkehr. Die Kinder einer demokratischen, zukunftstauglichen Gesellschaft

brauchen keine Screenings, Scans und Dauertestungen und auch keine Laufzettel auf ihren Köpfen, sondern genügend Zuwendung und Betreuung von bestens ausgebildeten PädagogInnen und die Bereitstellung von genügend Zeit und Raum und vielfältigem Angebot. Daher geht es auch um ein Ende der restriktiven Budgetpolitik und die Aufbringung aller erforderlichen Mittel, die überall die Umsetzung einer zeitgemäßen Pädagogik ermöglichen. Eine Umverteilung des gesellschaftlichen Vermögens und der gesamtgesellschaftlichen Wertschöpfung zu Gunsten einer fortschrittlichen Bildungspolitik ist erforderlich.

Es geht um Bildung hin zu eigenständigem Denken, hin zu kritischer Analyse gesellschaftlicher Abläufe, Bildung um die Propagandalügen der Politik zu erkennen und Bildung weg vom Untertanen und hin zum mündigen Menschen.

Heike Fischer ist Diplompädagogin und Betriebsratsvorsitzende im Diakonie Zentrum Spattstraße Linz und GLB-Landesvorsitzende in ÖÖ



**WENN
DIE REICHEN
DIE ARMEN
AUSRAUBEN
NENNT MAN ES
KAPITALISMUS**



**WENN
DIE ARMEN
DIE REICHEN
AUSRAUBEN
NENNT MAN ES
KRIMINALITÄT**

Anne Rieger über Unternehmerwünsche

FORMEL 12/60/24

Einen Durchrechnungszeitraum von 24 Monaten mit bis zu 12 Stunden am Tag und 60 Stunden pro Woche, das ist der Wunsch von Dieter Siegel, Chef des Feuerwehr-Ausstatters Rosenbauer in Leonding.

21 Mio. Euro Nettogewinn hatten die 3.067 Beschäftigten in neun Monaten im Jahr 2015 erarbeitet. Ein nettes Sümmchen, bedenkt man, dass in der Zeit Markteinführungskosten für neue Produkte und Aufwendungen für den Auftritt auf der weltgrößten Branchenmesse anfielen. Aber Siegel scheint das zu wenig.

Den bisher höchsten Auftragsbestand der Firmengeschichte von 846 Mio. Euro, elf Prozent höher als ein Jahr zuvor, will er nicht mit Neueinstellungen abarbeiten lassen. Billiger soll es sein. Noch mehr Flexibilität beabsichtigt er aus den Beschäftigten rauszupressen. Zusätzlich zielt er darauf ab, das unternehmerische Risiko auf den Schultern der Beschäftigten abzuladen: „Es muss dann produziert werden, wenn Aufträge da sind.“ Der Manager, er spricht für die Sparte Industrie in der Wirtschaftskammer Oberösterreich, lässt uns wissen "Arbeitszeit ist in den USA deutlich flexibler vereinbar.“ Da verstehen wir schon, warum TTIP ver-

einbart werden soll. Die Barrikade der hier erkämpften Arbeitsrechtsstandards soll gemeinsam mit den US-amerikanischen Unternehmern durchbrochen werden.

Angeblich entspräche der Wunsch nach mehr Flexibilität den „Bedürfnissen von Mitarbeitern“. Mag sein, dass in der Zwickmühle der langen Arbeitszeit und dem Privatleben kein anderer Ausweg mehr gedacht wird. Aber würde Herr Siegel ihnen als Alternative zur Flexibilität eine drastische Arbeitszeitverkürzung bei vollen Lohn- und Personalausgleich anbieten, dann wäre sein krudes Modell 12/60/24 schnell vom Tisch.

Wir wissen, dass er eine Krabbelstube betreibt, Patenschaft für ein SOS-Kinderdorf übernimmt oder Feuerwehren notwendige Geräte spendet. Dafür bedanken wir uns bei seinen Beschäftigten, denn sie haben auch diese Summen erarbeitet.

**Anne Rieger ist
GLB-Aktivistin
in der
Steiermark**



FUNDGRUBE

„An Dreistigkeit kaum zu überbieten“ ist laut dem öö AK-Präsidenten Kalliauer, dass ein „Forstunternehmen mit Sitz im Bezirk Perg“ Beschäftigte über eine Postkastenfirma in Zypern angemeldet hatte. 31.500 Euro für sechs Beschäftigte wurden von der AK erstritten. Aber warum nennt die AK diese Firma nicht beim Namen?

≈

Sozialminister Hundstorfer war nicht Gast beim SPÖ-Landesparteitag am 16.1.2016 in Linz, weil dieser Event laut OÖN nicht „raketentauglich“ für den Start der Präsidentschaftskandidatur ist. Ist aber auch wurscht, ist doch Hundstorfer himself alles andere als „raketentauglich“ für diese Wahl.

≈

Die Industriellenvereinigung will neue Unterrichtsfächer. Anstelle von als „totes Wissen“ diffamiertem Allgemeinwissen soll nach den Wünschen der IV-Schulbeauftragten Eva Haubner mehr Unterricht über Technik, Wirtschaft etc. treten, damit die Unternehmenssicht nicht zu kurz kommt und „unternehmerisches Denken“ gefördert wird. Warum nicht gleich den ganzen Unterricht im Fach „Profitmaximierung“ konzentrieren?

≈

Präsidentengattin Margit Fischer ist soziales Aushängeschild der Volkshilfe. Recht eigennützig beklagte sie hingegen bei Claudia Stöckls „Frühstück bei mir“ für die Zeit nach der 2016 endenden Präsidentschaft von Heinz Fischer „ob es einen Chauffeur geben wird oder ob wir wieder ganz zurückfallen in eine Privatheit“ um gar „selber Auto zu fahren“ müssen. Auch vermisst sie den herrschaftlichen Sommersitz aus K.u.K.-Zeiten und „ob es dann noch Sicherheitsleute für uns geben wird“.

≈

„Auch mir war zum Heulen zumute“ erklärte Zielpunkt-Eigentümer Georg Pfeiffer (Kurier, 6.12.2015) und beklagte die „Brutalität der Tonlage“ zur Entscheidung der Eigentümer. So eine heuchlerische Mimose.

PROFITABLE GESCHÄFTE

Saudi-Arabien besitzt die weltweit zweitgrößten Erdölréserven, gehört zu den größten Förderern und ist ein führendes Mitglied der OPEC. Zusätzlich besitzt es die viertgrößten Erdgasreserven weltweit.

Es verfügt über die am besten ausgerüstete Armee am Golf. Für die USA, Deutschland und die EU sind Saudi-Arabien und Katar die engsten und wichtigsten Verbündeten im Nahen Osten (von Israel abgesehen).

Auch österreichische Konzerne mischen im lukrativen Rüstungsgeschäft in Saudi-Arabien mit. In den vergangenen Jahren haben Österreichs Rüstungskonzerne „Militärgüter mit einem Wert von 18 Millionen Euro an Saudi-Arabien geliefert. Das geht aus den Exportdaten hervor, die die österreichischen Behörden an die EU weitergeleitet haben. Obwohl das nur 0,43 Prozent des Gesamtwerts der EU-Militärexporte nach Saudi-Arabien sind, liegt Österreich damit an sechster Stelle der EU-Länder, die Saudi-Arabien zwischen 2008 und 2013 mit Militärgütern beliefert haben und den Gesamtwert melden“.

„Eine in Österreich hergestellte Splittergranate ist offenbar in Saudi-Arabien aufgetaucht. Sondereinheiten des Königreichs hätten sie im Dezember 2014 bei einem Einsatz gegen eine Protestbewegung bei sich getragen“. Die Splittergranate stammte, den Recherchen des „Spiegels“ zufolge, aus der Produktion einer österreichischen Tochterfirma des deutschen Rüstungskonzerns Rheinmetall. Insgesamt meldete Österreich 2008 - 2013 Militärgüterexporte im Wert von 2,3 Milliarden Euro in alle Länder. Der „Export nach Saudi-Arabien steht in der Kritik, da Österreich als neutralem Land der Waffenhandel mit kriegsführenden Staaten und der Export in Länder, in denen das Kriegsmaterial zur Unterdrückung von Menschenrechten verwendet werden kann, verboten ist“.

König Salman von Saudi-Arabien, im vorvergangenen Jahr inthronisiert, hat 2015 bereits 151 Todesurteile verhängt und vollstrecken lassen; die Jahresrate ist dreimal so hoch wie die seines Vorgängers. Die 47 Hinrichtungen Anfang dieses Jahrs erregte großes Aufsehen in

den westlichen Medien.

Profitinteressen in dem Land, das sowohl Opposition massakriert als auch Frauen unterdrückt, hat nicht nur die Rüstungsindustrie. Saudi-Arabien sei ein wichtiger Exportmarkt für viele österreichische Firmen. Das Handelsvolumen beträgt eine Milliarde Euro – Tendenz steigend. Hunderte österreichische Firmen seien mit Saudi-Arabien vernetzt. Als wichtigste Industrieunternehmen werden Voestalpine, Rosenbauer, Porr, Doka genannt. In der Auseinandersetzung um das Abdullah-Zentrum (wohl ein Hotspot für saudisch-österreichische Wirtschaftsbeziehungen) im Februar vergangenen Jahres hieß es im Industrie Magazin „Industrieriesen wie Rosenbauer, Voestalpine oder Porr zittern um die Handelsbeziehungen mit Saudi-Arabien“.

Nicht nur in Saudi-Arabien werden Waffen aus Österreich und der EU genutzt. Die Waffen für die Gotteskrieger des IS kamen vor allem über die Türkei und die Golf-despotien Saudi-Arabien, Katar und Vereinigte Arabische Emirate. Und deren Waffen stammen zu 87 Prozent - zu jeweils ziemlich gleichen Teilen - aus den Waffenschmieden der EU und der USA. Darüber hinaus erhielten der IS und ähnliche Organisationen in Syrien seit Frühjahr 2012 Waffenlieferungen, die hauptsächlich vom Saudi-Regime bezahlt und organisiert waren.

Die Transporte, unter anderem aus Kroatien, wurden, Berichten der New York Times zufolge, nach der Präsidentenwahl in den USA Anfang November 2012 massiv gesteigert.

An der »Luftbrücke« sollen saudische, jordanische und katarische Flugzeuge beteiligt gewesen sein. Saudi-Arabien und Katar sind auch die

Hauptunterstützer der Taliban, von denen einige Abu Bakr Al Bagdadi, dem Kalifen des Islamischen Staats, die Treue geschworen hatten.

Der Anschlag in Damaskus Ende Januar, mit 60 Todesopfern und über 100 Verletzten zeigt die Brutalität des IS. Er hatte sich in einer Erklärung verantwortlich für den Anschlag bekannt. Die fragilen Syrienfriedensgespräche in Genf sind durch den Anschlag bedroht. Das wichtigste syrische Oppositionsbündnis drohe wieder mit Abreise. Die Regierung solle ihre „Verbrechen“ einstellen. Vertreter der syrischen Regierung indes warfen Saudi-Arabien vor, für das Erstarben des IS und dessen jetzigen Anschlag verantwortlich zu sein.

Die Hauptkonfliktachse des Nahen Ostens ist nicht religiöser oder sektiererischer, sondern geopolitischer Art: Im Kern steht der Kampf zwischen Saudi-Arabien und Iran um regionale Hegemonie. Beide haben Unterstützer unter den Großmächten, so Ian Buruma in der „Die Presse“. Man kann es auch als Stellvertreterkrieg für die Großmächte interpretieren. Das neutrale Österreich muss sich mit Waffenlieferungen absolut raushalten. In Deutschland entwickelt die Friedensbewegung Druck gegen Rüstungsexporte.

Wenn wir wollen, dass Menschen nicht mehr aus ihrer Heimat flüchten müssen, müssen wir alles tun, um Waffenlieferungen in Kriegsgebiete zu stoppen. Und Wirtschaftsbeziehungen mit einem Land, wie Saudi-Arabien, durch das Geld- und Waffenströme für den IS fluten, das Menschenrechte missachtet, müssen die Unternehmen beenden.



Josef Stingl über die neue Aktion des GLB

JETZT SCHLÄGT'S DREIZEHN

Löhne und Gehälter – eine widersprüchliche Odyssee: Für die Unternehmer_innen sind sie zu hoch, für die Lohn- und Gehaltsbezieher_innen zu niedrig und für die Gewerkschaften eine unantastbare Erfolgsgeschichte.

Nach dem Abschluss des Kollektivvertrages für die Taxi- und Mietwagenfahrer_innen hört sich das im Gewerkschafts-O-Ton etwa so an: „Der Mindestlohn beträgt nunmehr ab 2016 1.170 Euro bzw. 1.200 Euro ab 2017. Ein akzeptables Ergebnis, Ziel ist einen Mindestlohn von 1.500 Euro in den nächsten Jahren zu erreichen.“

Abgesehen davon, dass der Abschluss nur knapp über der Armutsschwelle liegt und die Zielsetzung in vier, fünf oder sechs Jahren auch mehr wert sein wird, haben die Gewerkschaftsverhandler_innen offensichtlich die ÖGB-Forderung nach 1.700 Euro Mindestlohn verschlafen. Diese gilt allerdings ebenfalls nicht sofort, sondern als Verhandlungsziel der (?) nächsten Jahre.

Der GLB zweifelt zwar nicht das gute System der Lohn- und Gehaltsverhandlungen per Kollektivverträge an, sieht allerdings deren Erfolgsgeschichte deutlich kritischer. Die Löhne steigen Jahr für Jahr, „seltsamerweise“ bleibt am Ende des Monats nicht mehr im Börsel!

VERLUSTE VERSUS GEWINNE

Der Rechnungshof hat sich 2013 mit der Lohnentwicklung beschäftigt: So stiegen die Bruttolöhne (also noch vor Abgaben) von Angestellten und Vertragsbediensteten in 15 Jahren inflationsbereinigt gerade einmal um ein Prozent. Arbeiter_innen verloren im gleichen Zeitraum inflationsbereinigt gar 14 Prozent. Insgesamt lagen unselbständige Erwerbstätige lt. Rechnungshof mit vier Prozent im Minus. Die kalte Progression (Lohn-erhöhungen unterliegen immer der höchst angewendeten Steuerstufe) fressen das Plus der Angestellten aber ruckzuck auf und vermindern den Realverlust bei den Arbeiter_innen noch zusätzlich.

Steigend, richtigerweise stark steigend, präsentiert sich dafür die Produktivität – also die Leistung der Beschäftigten. Laut AK-Oberösterreich war 2014 eine Arbeits-

stunde um elf Prozent ergiebiger als zehn Jahre zuvor. Wer sich den Leistungsgewinn in die Taschen gesteckt hat, kann sich jedeR selbst ausrechnen.

MINDESTLOHN: GESETZ VERSUS KV?

Die Foglar/Katzian-Forderung nach 1.700 Euro Mindestlohn ist ein Schritt in die richtige Richtung, denn der GLB gerne unterstützt. Er ist allerdings sofort und mit einer deutlichen Arbeitszeitverkürzung notwendig und das wird über die mit unterschiedlichsten Mindestgehältern und -löhnen ausgestatteten Kollektivverträge nicht möglich sein. Daher fordert der GLB einen gesetzlichen Mindestlohn!

Konkret stellen sich das wir Linksgewerkschafter_innen so vor: Dreizehn Euro pro Arbeitsstunde Mindestlohn und eine 30-Stunden-Woche. Das Ganze soll an den Mikrowarenkorb - also an die Preise der Güter des täglichen Gebrauchs - gekoppelt sein. Darüber hinaus soll die Grenze für das steuerfreie Einkommen dem Verdienst bei Mindestlohn bei Vollzeit, angepasst werden.

Die Sorge, dass die Gewerkschaft ihre Verhandlungshoheit verliert, teilt der GLB nicht: Ein gesetzlicher Mindestlohn ersetzt keineswegs die KV-Verhandlungen. Deren Ergebnis sollten Löhne und Gehälter sein, die klar über dem gesetzlichen Mindestlohn liegen; von den Verbesserungen der allgemeinen Arbeitsbedingungen in der jeweiligen Branche ganz zu schweigen... Im ersten Halbjahr des Jahres 2016 legt sich daher der GLB den Schwerpunkt „gesetzlicher Mindestlohn“. Unter dem Titel „Jetzt schlägt's 13!“ starten wir mit Initiativanträgen bzw. -Petitionen an die Vollversammlungen der Arbeiterkammern die Kampagne.

Die dafür notwendigen Unterstützungsformulare sind auf www.glb.at zu finden.

Josef Stingl ist Bundesvorsitzender des GLB



FAKTENBOX HOTELLERIE

2015 gab es in Österreich 17.651 Unternehmen in der Sparte Hotellerie.

~
Von den 87.920 Beschäftigten (ohne geringfügig Beschäftigte) waren 75,6 Prozent Arbeiter_innen, 19,0 Prozent Angestellte und 5,4 Prozent Lehrlinge.

~
Nach Größe der Betriebe entfielen auf Hotels bis neun Beschäftigte 15.047 Unternehmen, von zehn bis 49 Beschäftigte 2.247 Unternehmen, von 50 bis 250 Beschäftigte 342 Unternehmen und über 250 Beschäftigte 15 Unternehmen.

~
Nach Bundesländern rangiert Tirol mit 25,3 Prozent der Beschäftigten an der Spitze, gefolgt von Salzburg (15,8), Niederösterreich (14,4), der Steiermark (10,4), Wien (10,1), Kärnten (7,7), Vorarlberg (6,8), Oberösterreich (6,4) und dem Burgenland (3,1 Prozent).

~
Die Unternehmen der Hotellerie verzeichneten Umsatzerlöse von 8,16 Mrd. Euro, was im Schnitt 75.306 Euro pro Beschäftigten ergibt.

~
Nach Größe der Betriebe wurden in Hotels bis neun Beschäftigte durchschnittlich 65.880 Euro, von zehn bis 49 Beschäftigte 77.981 Euro, von 50 bis 250 Beschäftigte 81.366 Euro und über 250 Beschäftigte 84.604 Euro pro Beschäftigten verzeichnet.

~
Der Personalaufwand der Hotellerie betrug 2,86 Mrd. Euro, was einen durchschnittlichen Personalaufwand von 28.456 Euro pro Beschäftigten bedeutet, bei 14 Bezügen ergibt das inklusive der Lohnnebenkosten einen Bruttoaufwand von nur 2.033 Euro monatlich, was für das niedrige Lohnniveau der Branche spricht.

~
Die durchschnittlichen Zimmerpreise in den Landeshauptstädten bewegten sich 2015 zwischen 72,76 Euro (Eisenstadt) und 112,20 Euro (Bregenz).

Quelle: Salzburger Nachrichten, 30.1.2016

SOZIALE ANSPRÜCHE WAHRNEHMEN

Mit Jahresbeginn 2016 sind wieder zahlreiche Änderungen bzw. Neuerungen arbeits- und sozialrechtlicher Bestimmungen in Kraft getreten. Hier eine Übersicht:

GERINGFÜGIGKEITSGRENZE

Die neue Verdienstgrenze für geringfügig Beschäftigte beträgt ab 1.1. 2016 Euro 415,72 im Monat und Euro 31,92 für einen Arbeitstag. Die Aufhebung der täglichen Geringfügigkeitsgrenze wird erst mit 2017 wirksam.

LOHNZETTEL

Ab 1. Jänner 2016 gibt es eine gesetzliche Verpflichtung zur Ausstellung eines Lohnzettels. Arbeitnehmer_innen haben einen zivilrechtlichen Anspruch auf Übermittlung einer schriftlichen Darstellung der monatlich zustehenden Bezüge (Lohnzettel) und einen Anspruch auf Aushändigung einer Kopie zur Anmeldung zur Sozialversicherung durch den/die Arbeitgeber_in.

ALL-IN-VEREINBARUNG

Ab 1. Jänner 2016 ist eine gesetzliche Verpflichtung zur Ausstellung einer All-In-Vereinbarung vorgeesehen. Der Grundlohn bzw. das Grundgehalt (d.h. der Lohn für die Normalarbeitszeit, z.B. 40 Stunden pro Woche) muss künftig ausgewiesen werden. Ist dies im Arbeitsvertrag oder Dienstzettel nicht der Fall, gilt der angemessene Ist-Grundlohn (das ist jener Lohn, den eine

Arbeitnehmer_in üblicherweise entsprechend der Ausbildung und Berufserfahrung in einer bestimmten Branche in einer bestimmten Region verdient) als vereinbart.

KRANKENVERSICHERUNG

Der durch die Dienstnehmer_innen zu tragende Teil des Krankenversicherungsbeitrages, der sich bisher in der Höhe bei Arbeiter_innen von jenen der Angestellten unterschied wird vereinheitlicht und beträgt nun 3,87 Prozent bei einer Höchstbeitragsgrundlage von 4.860 Euro monatlich.

SOZIALVERSICHERUNG FÜR LEHRLINGE

Lehrbetriebe sollten in der Vergangenheit entlastet werden, indem die Kosten für den Krankenversicherungsschutz der Lehrlinge für die ersten zwei Lehrjahre aus den Mitteln der Krankenversicherung zu tragen waren. Diese Begünstigung soll nunmehr entfallen. Im Gegenzug wird jedoch ein eigener, geringer Beitragssatz für Lehrlinge eingeführt (1,67 Prozent für die gesamte Lehrzeit).

SOZIALVERSICHERUNGSBEITRAGSFREIE BEZÜGE

Ab 2016 sind Fehlgeldentschädigungen, Werkzeuggelder, Familienbeihilfen, Prämien für Dienstbeförderungen und Jubiläumsgelder, Haustrunk, Freimilch, Beförderung der eigenen Dienstnehmer_innen bei Beförderungsunternehmen, Prämien für betriebliche Verbesse-

rungsvorschläge und Nachlässe bei Versicherungsprämien nicht mehr sozialversicherungsbeitragsfrei.

Die bereits im Jahr 2015 wegen eines Dienstnehmer_innenjubiläums oder eines Firmenjubiläums gewährten Sachzuwendungen bleiben weiterhin beitragsfrei, werden aber mit 186 Euro pro Jahr begrenzt.

Vorteile aus der Teilnahme an Betriebsveranstaltungen (z.B. Betriebsausflüge, kulturelle Veranstaltungen, Betriebsfeiern) werden bis zur Höhe von 365 Euro pro Jahr und die dabei empfangenen Sachzuwendungen bis zur Höhe von 186 Euro jährlich begrenzt.

AUSBILDUNGSKOSTENRÜCKERSATZ

Die Frist, in der ein Ausbildungskostenrückersatz gefordert werden kann, wird auf vier (statt bisher fünf) Jahre beschränkt. Der Rückersatzbetrag muss künftig zwingend nach Monaten aliquotiert werden, gerechnet ab dem Ende der erfolgreich absolvierten Ausbildung. Eine Aliquotierung in größeren Zeitabschnitten (z.B. nach Jahren) ist unwirksam.

ENTGELTGRENZE BEI KONKURRENZKLAUSELN

Konkurrenzklauseln sind künftig nur für jene Arbeitnehmer_innen erlaubt, deren letztes Monatsentgelt über den 20-fachen Wert der täglichen ASVG-Höchstbeitragsgrundlage (162 Euro) liegt. Bisher lag die Entgeltgrenze beim 17-fachen der täglichen ASVG-Höchstbeitragsgrundlage. Darüber hinaus wird klargestellt, dass Sonderzahlungen bei der Berechnung der Entgeltgrenze nicht zu berücksichtigen sind. Die Höhe einer Konventionalstrafe, die von dem/der Arbeitgeber_in für den Fall eines Verstoßes gegen eine Konkurrenzklausel vereinbart wird, ist künftig mit höchstens sechs Nettomonatsentgelten (ohne Sonderzahlungen) begrenzt.

PFLEGE NAHER ANGEHÖRIGER

Krankenversicherungsrechtliche Absicherung für Personen, welche nahe Angehörige pflegen:

Die Inanspruchnahme der Selbstversicherung in der Krankenversicherung für die Zeit der Pflege

REZEPTGEBÜHR

Im Jahr 2016 beträgt die Rezeptgebühr EUR 5,70 (2015: EUR 5,55). Befreiung von der Rezeptgebühr über Antrag (§ 4 der Richtlinien)

- Personen, deren monatliche Nettoeinkünfte einen bestimmten Betrag nicht übersteigen (vgl. die Werte in der Aufstellung)
- Personen, die an Krankheiten oder Gebrechen leiden, durch die erfahrungsgemäß besondere Aufwendungen entstehen, wenn die monatlichen Nettoeinkünfte einen bestimmten Betrag nicht übersteigen (vgl. die Werte in der Aufstellung),

Werte 2016 (Werte 2015)

- für Alleinstehende EUR 882,78 (872,31)

- für Alleinstehende mit überhöhtem Medikamentenbedarf EUR 1015,20 EUR (1003,16)

- für Ehepaare (bzw. Personen in Lebensgemeinschaft) EUR 1.323,58 EUR (1.307,89)

- für Ehepaare (bzw. Personen in Lebensgemeinschaft) mit erhöhtem Medikamentenbedarf EUR 1.522,12 (1.504,07)

- Diese Beträge erhöhen sich für jedes Kind um EUR 136,21 (134,59), sofern das Nettoeinkommen des Kindes den Grenzbetrag von EUR 324,69 (320,84) nicht erreicht und das Kind im Familienverband lebt.

eines behinderten Kindes ist in Zukunft auch unmittelbar in Anschluss an eine Pflichtversicherung nach dem GSVG/BSVG oder eine Selbstversicherung nach dem GSVG möglich.

Weiteres können aus der Selbstversicherung in der Krankenversicherung resultierende Leistungen künftig sofort und nicht erst nach Ablauf einer dreimonatigen Wartezeit in Anspruch genommen werden.

Für Personen, die auf Grund der Pflege einer nahen Angehörigen/eines nahen Angehörigen keine Erwerbstätigkeit ausüben können, sozial schutzbedürftig sind und für die keine andere Möglichkeit zur Erlangung eines Krankenversicherungsschutzes besteht, insbesondere auch keine Möglichkeit einer Mitversicherung als Angehörige, gibt es in Zukunft die Möglichkeit einer beitragsfreien Selbstversicherung in der Krankenversicherung.

VERLÄNGERUNG DER TÄGLICHEN HÖCHSTARBEITSZEIT VON JUGENDLICHEN DURCH PASSIVE REISEZEITEN

Damit jugendliche Lehrlinge oder sonstige Auszubildende die Erwachsenen aus dem Betrieb zu Ausbildungszwecken begleiten können, darf die Arbeitszeit künftig bis zu maximal zehn Stunden täglich betragen. Die Grenze für die Wochenarbeitszeit ändert sich dadurch nicht. Die Ausdehnung darf nur "durch die Reisebewegung" erfolgen. Die Arbeitszeit abzüglich der Reisezeit darf die sonst geltenden Grenzen nicht überschreiten.

VERLÄNGERUNG DER TÄGLICHEN HÖCHSTARBEITSZEIT DURCH AKTIVE REISEZEITEN

Eine Arbeitszeit bis zu zwölf Stunden ist künftig möglich, wenn während der Reise durch das Lenken eines Fahrzeugs eine Arbeitsleistung erbracht wird.

TEILPENSION (ERWEITERTE ALTERSTEILZEIT)

Personen mit einem Anspruch auf Korridor pension haben künftig die Möglichkeit einer Teilpension (erweiterte Altersteilzeit), bei der sie nicht aus dem Arbeitsleben ausscheiden, sondern mit einer reduzierten Arbeitszeit bis zum Regelpensionsalter weiter berufstätig bleiben.

Arbeitgeberinnen/Arbeitgebern, die mit ihren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern eine entsprechende

**Krankenversicherung
Unfallversicherung
Pensionsversicherung**

**Kundennähe
Allpartenservice
Gesundheitsberatung**



**Gesundheits- und
Betreuungszentren**
der Versicherungsanstalt
für Eisenbahnen und Bergbau

Hauptstelle & GBZ WIEN
Linke Wienzeile 48-52, 1060 Wien

Geschäftsstelle GRAZ
Lessingstraße 20, 8010 Graz
Telefon: 050 2350-0
Basis: 880 2350-0

GBZ LINZ
Bahnhofplatz 3-5, 4020 Linz
Telefon: 050 2350-36900
Basis: 880 2350-36900

GBZ SALZBURG
Südtirolerplatz 1, Stiege A
Hauptbahnhof, 5020 Salzburg
Telefon: 050 2350-36700
Basis: 880 2350-36700

GBZ INNSBRUCK
Südtirolerplatz 1, 6020 Innsbruck
Telefon: 050 2350-36800
Basis: 880 2350-36800

GBZ GRAZ
Europaplatz 5, Hauptbahnhof, 8020 Graz
Telefon: 050 2350-36400
Basis: 880 2350-36400

GBZ VILLACH
Bahnhofplatz 1, 9500 Villach
Telefon: 050 2350-36600
Basis: 880 2350-36600

Außenstelle EISENERZ
Hammerplatz 1, 8790 Eisenerz
Telefon: 050 2350-36450

www.vaeb.at



Teilpensionsvereinbarung schließen, werden die ihnen dadurch entstehenden Mehraufwendungen für den Lohnausgleich bis zur Höchstbeitragsgrundlage und für die höheren Sozialversicherungsbeiträge zur Gänze abgegolten.

SONDERKRANKENGELD

Sozialrechtslücke wegen Pensionsvorschuss-Abschaffung geschlossen: Durch die Änderungen beim Pensionsvorschuss konnte für Personen, die sich trotz langen Krankenstandes noch in einem aufrechten Dienstverhältnis befinden, eine Versorgungslücke entstehen. Dies war dann der Fall, wenn diese Personen einen ablehnenden Bescheid des Pensionsversicherungsträgers über eine beantragte Invaliditäts- oder Berufsunfähigkeitspension erhielten und sie diesen vor dem Arbeits- und Sozialgericht bekämpften. Auf Grund des langen Krankenstandes bestand für diese Personen wegen Ablaufs der Höchstdauer kein Anspruch auf Krankengeld mehr, auf Grund des aufrechten Dienstverhältnisses haben sie jedoch auch keinen Anspruch auf Leistungen aus der

Arbeitslosenversicherung, da der Pensionsvorschuss nur mehr bis zur Entscheidung des Pensionsversicherungsträgers gewährt wird. Für die Zeit des laufenden Pensionsverfahrens, in der das Dienstverhältnis weiterhin aufrecht bleibt, hatten diese Personen keinerlei Einkommen. Diese Versorgungslücke wird mit 1. Jänner 2016 geschlossen, indem diesen Personen bis zum Abschluss des Verfahrens vor den ordentlichen Gerichten weiterhin ein Krankengeld gewährt werden kann.

In Fällen, in denen die Pension rückwirkend zuerkannt wird, ist den Krankenversicherungsträgern das für diesen Zeitraum bereits ausgezahlte Krankengeld von den Pensionsversicherungsträgern zu refundieren.

ERGÄNZUNG DES PENSIONSKONTOS

Die Kontoerstgutschrift ist bei nachträglichen Änderungen bzw. Ergänzungen von Beitragsgrundlagen und Versicherungszeiten bis 31. Dezember 2016 unter Berücksichtigung dieser Änderungen neu zu berechnen. Ab dem 1. Jänner 2017 ändern sich Beitragsgrundlagen und Versicherungszeiten, die für die Berechnung der Kontoerstgutschrift relevant sind. Dann wird eine Ergänzungsgutschrift oder ein Nachtragsabzug berechnet und im Pensionskonto eingetragen.

Ausführliche Informationen zu den Neuerungen im Bereich Arbeit und Soziales finden Sie auf help.gv.at.

Franz Grün ist zuständig für die Organisation des GLB in der vida

PFLEGE GELD

- In Stufe 1: 157,30 Euro
- In Stufe 2: 290 Euro
- In Stufe 3: 451,80 Euro
- In Stufe 4: 677,60 Euro
- In Stufe 5: 920,30 Euro
- In Stufe 6: 1.285,20 Euro
- In Stufe 7: 1.688,90 Euro

SCHUSS INS EIGENE KNIE

Die EU-Sanktionen gegen Russland könnten zum Bumerang werden: Laut Wifo könnten die Auswirkungen rund zwei Millionen Arbeitsplätze und einhundert Milliarden Euro Wertschöpfung in der EU kosten.

Während die Sanktionen europäischen Unternehmen (z.B. Siemens) zunehmend Probleme bereiten bauten US-Konzerne (z.B. Bell, Boeing) den Handel mit Russland weiter aus. Aber auch China profitiert und steht als Ersatzlieferant für boykottierte Waren aus dem EU-Raum bereit. Je länger die Sanktionen dauern, desto eher stellt sich für Russland die Frage ob man nicht langfristig auf europäische Qualitätsprodukte verzichten kann.

Russlands Wirtschaft befindet sich auf einer gefährlichen Talfahrt, was vor allem die Mittelschicht, welche vom Wirtschaftsaufschwung am meisten profitierte, zu spüren bekommt. Die reichen Oligarchen können sich auch heute alles leisten, während große Teile der armen Bevölkerung es gewohnt sind zu leiden.

Die Sanktionen und der Rauswurf aus den G8 haben den Egomanen Putin stark getroffen. Keiner will ihn einladen, keiner will mit ihm sprechen. Und doch wird er gebraucht, weil es ohne die Hilfe Russlands nicht gelingen wird, im instabilen Nahen Osten einen halbwegs gesicherten Frieden zu installieren, in dem Menschen angstfrei leben können und wollen.

Der Druck für die Russland-Sanktionen ging von den USA aus. Obama gerät oft in Verdacht alles kontrollieren zu wollen, aber für nichts die Verantwortung zu übernehmen. Die Suppe löffeln die Europäer aus, weil sie einerseits selbst von den Wirtschaftssanktionen betroffen sind und andererseits durch eine langanhaltende Instabilität des Nahen Osten mit einer fortwährenden Flüchtlingswelle konfrontiert werden.

Franz Grün

Gerhard Wimmer über Entwicklungen im Handel

PARADEFALL ZIELPUNKT

Statt Ausbezahlung des Weihnachtsgeldes erhielten Ende November 2015 mehr als 2.700 MitarbeiterInnen bei Zielpunkt die Verständigung, dass das Unternehmen Insolvenz anmelden wird.

Noch drei Wochen zuvor hatte Georg Pfeiffer, der Inhaber des Konzerns, zu dem neben Pfeiffer auch Unimarkt und Zielpunkt gehören, in einem Brief an die Zielpunkt-Blegschaft angekündigt: „Wir werden mit voller Kraft die Entwicklung von Zielpunkt vorantreiben.....“

IM KLUB DER SUPERREICHEN

Die Familie Pfeiffer gehört mit einem Gesamtvermögen von fast 800 Millionen Euro zu den 50 reichsten Familien Österreichs. Durch den Verkauf der Gastro-Sparte C+C Pfeiffer an den Schweizer Migros-Konzern ebenfalls im Herbst letzten Jahres stieg dieses Vermögen nochmals um 200 Millionen Euro.

Noch kurz bevor Zielpunkt in die Insolvenz geschickt wurde, kaufte Pfeiffer über eine ihm gehörende Immobilienfirma 20 Zielpunkt-Immobilien selber. Eine juristische Untersuchung dieser dubiosen Immobiliengeschäfte wäre dringend angebracht. Wolfgang Katzian von der zuständigen Gewerkschaft gpa hat dies auch angekündigt, seither gibt es aber keine Informationen mehr dazu.

Laut Georg Pfeiffer wären ca. 60 Millionen Euro notwendig gewesen, um Zielpunkt weiter zu betreiben. Völlig unzumutbar für Pfeiffer, stattdessen verloren 2.700 Menschen ihren Arbeitsplatz, nur etwa die Hälfte wurde in von anderen Handelskonzernen übernommenen Zielpunkt-Filialen weiterbeschäftigt, die anderen in die Arbeitslosigkeit geschickt. So sieht die Realität aus in der längst schon nicht mehr „sozialen“ Marktwirtschaft Österreichs.

BAUMAX-PLEITE

Zielpunkt war nicht die einzige große Insolvenz im Handel im letzten Jahr. Nur kurz zuvor wurde auch die Baumarktkette „Baumax“ liquidiert. Fast tausend von ursprünglich ca. 3.500 Beschäftigten verloren ihren Job, die anderen wurden von anderen Firmen übernommen. Und

es ist keine Wahrsagerei, dass 2016 die nächsten Pleiten folgen werden.

Neben dem Strukturwandel im Handel, vor allem durch starke Verschiebungen vom Einzelhandel in Richtung Online-Handel, sind diese Firmenpleiten vor allem Ausdruck der Sparpolitik der letzten Jahre. Es ist höchste Zeit für eine grundlegende Änderung der Wirtschaftspolitik: Weg von dem von Brüssel aufgezwungenen ruinösen Sparkurs. Stattdessen sind massive öffentliche Investitionen in Bildung, Wohnungsbau und öffentlichen Verkehr notwendig.

Die Folgekosten von Pleiten dürfen nicht länger nur von der öffentlichen Hand bezahlt werden. Zuerst müssen die Vermögen der EigentümerInnen herangezogen werden. Vermögen muss besteuert werden!

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG JETZT!

Fast 500.000 Menschen sind derzeit arbeitslos. Die Lösung kann nur in einer sofortigen Arbeitszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden liegen – bei vollem Lohnausgleich – eh klar! Nur ein einziges Prozent der Weltbevölkerung besitzt mehr Vermögen als die restlichen 99 Prozent, zeigt das Ergebnis einer Studie von Oxfam-International. Daran dürfen wir oder besser müssen wir etwas ändern!

**Gerhard Wimmer,
Betriebsrat EZA
Fairer Handel in
Köstendorf
(Salzburg)**



VERÄNDERTE GEWERKSCHAFTSPOLITIK

65 Jahre nach dem „Oktoberstreik“ hat sich auf Initiative des GLB endlich der ÖGB offiziell von der Putschlüge verabschiedet und die ausgeschlossenen Kolleg_innen rehabilitiert. Warum dauerte das so lange?

Vor dem zweiten Weltkrieg war die Idee der SP zur Überwindung des Kapitalismus, durch die Verstaatlichung die Willkür des Kapitals zu beschränken und dadurch zu einer sozialen Besserstellung zu kommen um dann mit Hilfe einer „Sozialisierung“ zu einer sozialistischen Gesellschaftsform zu gelangen. Aber diese „Sozialisierung“ blieb aus.

Nach 1945 war durch rechte Sozialdemokraten ein anderer Weg vorgezeichnet. Nach der Verstaatlichung der Grundstoffindustrie ging es darum, die Sozialisierung zu verhindern, parteipolitisch Einfluss zu nehmen und ökonomische Vorteile daraus zu ziehen. Zur politischen Ruhigstellung der Arbeiterklasse wurde die Verstaatlichte als „Volkeigentum“ ausgegeben, um Streiks im Keim ersticken zu können.

Denn das Volk darf durch Kampfmaßnahmen nicht sein „Eigentum“ schädigen, wurde argumentiert. Es ging um die Aneignung erheblicher Teile des gesellschaftlichen Produkts nach Möglichkeit „von oben“ und nicht um demokratische Lösungen. Der Lohn-Preis-Pakt war die politische Lösung für die Restauration des kapitalistischen Systems.

PRO SOZIALPARTNERSCHAFT 1950 hatte sich schon die Mehrheit der SPÖ auf ein kapitalistisches System mit einer sozialpartnerschaftlichen Linie eingeschworen. Die Orientierung auf die Sozialpartnerschaft wurde von den SPÖ- und ÖVP-nahen Gewerkschaftsfraktionen gegen den Widerstand eines Großteils der eigenen Basis und anderer Fraktionen in der Gewerkschaft durchgesetzt. Dazu gehörte auch der „Oktoberstreik“ 1950. Aber die Streiks wurden aus tiefer Unzufriedenheit ausgelöst. Und die Lohn-Preis-Pakte haben diese Unzufriedenheit verschärft. Dadurch hat natürlich Österreich eine Konjunktur bekommen, denn das gesamte System beruhte mehr oder minder darauf: Wie kann die Produktion gesteigert, wie die Höchstleistung erreicht werden?

Dazu halfen nicht Aktionen der Massen, sondern einfache Formeln, von einer Funktionärsschicht verordnet, schreibt Otto Hwaletz: Diese einfache Formel von der SP-Gewerkschaftsführung hieß und heißt: Fortschritt = Wirtschaftswachstum, Wachstum = privater Konsum, Konsum = Wohlstand, Wohlstand = Zufriedenheit, Zufriedenheit = weiterer Fortschritt.

FATALE POLITIK

Die fatale Politik von der Ideologie der Lohn-Preis-Spirale der Gewerkschaftsführung hat zu diesen Streiks geführt. Sie wird verständlich aus dem ideologischen ökonomischen Bezugsrahmen dieser Lohnpolitik des ÖGB. Eben wenn die Gewerkschaften diese falsche Auffassung der ökonomischen Beziehungen akzeptierten, waren sie hilflos jeder Argumentation des Kapitals für eine Lohnsenkung ausgeliefert oder wurden selbst die Schrittmacher von Lohnsenkungen.

Diese sozialpartnerschaftliche Gewerkschaftspolitik musste sich nach 1980 in Zeiten des Neoliberalismus verheerend für die Lohnarbeiter auswirken. In dieser Zeit wurde die Krise als Vorwand genommen, um einen kalkulierten Abbauversuch jahrzehntelang erworbener Rechte der Arbeitnehmer durchzuziehen. Die SP-Gewerkschaftsfraktion steht diesen Angriffen durch ihr einseitiges Festhalten an der Sozialpartnerschaft wie gelähmt gegenüber. Nur so ist es zu erklären, dass z. B. bei den letzten Lohnverhandlungen eine Lohnerhöhung von 1,5 Prozent für die Maschinen- und Metallwarenindustrie zustande gekommen ist.

STREIKENDE KRIMINALISIERT

Beim Oktoberstreik 1950 waren hunderttausende Menschen beteiligt. Die Arbeiter der größten Betriebe Österreichs standen in voller Einheit kürzere oder längere Zeit im Streik. Diese Menschen wurden von der SP-Fraktion im ÖGB als Terroristen oder Kommunofaschisten bezeichnet. Eine Methode der Deformierung, denn als erstes wurden diese Menschen kriminalisiert, um sie danach maßregeln zu können.

Nach dem Streik wurden 85 führende Gewerkschafter aus dem ÖGB ausgeschlossen. Der Bundesvorstand des ÖGB billigte danach noch die Entlassung von Streikführern in

den Betrieben. Damals ging es um den Richtungsstreit in der Gewerkschaft, den die rechte Sozialdemokratie gewonnen hat. Eine „Wiedergutmachen“ für die „Putschlüge“ in diesen Zeiten kann nur eine Veränderung der Gewerkschaftspolitik zu einer klassenkämpferischen Position sein.

ALLE AUF EINEM AST

Wenn nicht, kann eine sozialdemokratische Politik, die sich in Krisenzeiten auf eine Sozialpartnerschaft eingeschworen hat, – denn nicht die Wirtschaft ist in der Krise, sondern der Kapitalismus ist selbst zur Krise geworden – nur eine Unterstützung einer Schuldenwirtschaft sein, indem sich eine Minderheit ihre Profite sichert. Denn der Staat geht in Krisenzeiten des Kapitalismus seinem Niedergang entgegen. Er verschuldet sich und kann seine sozialen Sicherheiten und Gewährleistungen nicht einhalten.

Von daher verbleibt ihm wie auch der niedergegangenen Wirtschaft nur eine Schuldenwirtschaft, für die er die Bevölkerung unter Druck setzen muss. Eine Ideologie von „alle auf einem Ast sitzende“ oder „in einem Boot Rudernde“ wie wir sie von der SPÖ nur zu gut kennen, kommt diesem Niedergang den Herrschenden nur recht.

Werner Lang ist im Werkkreis Literatur der Arbeitswelt, Werkstatt Wien, aktiv



ASOZIALER HEIMAT-SCHMÄH

Die von Burschenschaffern geführte FPÖ präsentiert sich als „Soziale Heimatpartei“. Strache & Co. rühmen sich als Partei des „kleinen Mannes“, behaupten die Sorgen der Menschen zu kennen und sich gegen die „Großen da oben“ zur Wehr zu setzen.

Ein Blick auf Programmatik und politische Praxis der FPÖ zeigt allerdings das Gegenteil. Die Regierungsbeteiligung der FPÖ im Bund von 2000 bis 2006 oder in Ländern und Städten beweist, dass die FPÖ mit sozial nichts am Hut hat. Ganz davon abgesehen, dass schon der Begriff „Soziale Heimatpartei“ deutlich macht, dass der soziale Anspruch der FPÖ ohnehin Zugewanderte explizit ausschließt.

Schlimmer noch dient diese Metapher dazu, die durch den neoliberalen Kapitalismus verunsicherten österreichischen Lohnabhängigen und Familien gegen Migrant_innen und Flüchtlinge auszuspielen, diese zu Sündenböcke hochzustilisieren und mit gezielter Fremdenfeindlichkeit politisch zu punkten.

VORRANG FÜR KAPITALINTERESSEN

So verwundert es nicht, dass die FPÖ etwa strikt gegen die Besteuerung der Millionenvermögen ist und mit einer gleichmacherischen Flat-Tax die Reichen noch stärker entlasten will. Dass Kapitalinteressen Vorrang haben wird auch deutlich, wenn die FPÖ für die Senkung der Lohnnebenkosten, die bekanntlich eine wichtige Grundlage des Sozialsystems sind, eintritt.

Die FPÖ wetteifert mit der ÖVP um die Führungsrolle bei der Verschlechterung der Mindestsicherung durch deren Deckelung bzw. Kürzung für anerkannte Flüchtlinge. Wiederholt forderte sie eine eigene Sozialversicherung für Ausländer_innen, obwohl Migrant_innen mehr in das Sozialsystem einzahlen, als sie Leistungen daraus erhalten.

Statt diese zu reduzieren will die FPÖ noch mehr Überstunden steuerfrei stellen, womit der Anreiz, auf Kosten von Freizeit und Gesundheit noch länger zu arbeiten verstärkt und die Schaffung neuer Arbeitsplätze, etwa durch eine Arbeitszeitverkürzung, verhindert würde. Ganz im Sinne Bezieher_innen

hoher Einkommen möchte die FPÖ, dass die Kosten für private Kinderbetreuung und haushaltsnaher Dienstleistungen steuerlich geltend gemacht werden können. Ihren unsozialen Charakter demonstriert die FPÖ auch mit der Ablehnung einer gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen, die bessere Bildungschancen für Kinder der „kleinen Leute“ bringen würde.

Um von ihrer Verantwortung für die Pensionsreform von 2003 abzulenken fordert die FPÖ heute eine Mindestpension. Im Lehrlings- und Schulbereich hat die FPÖ in ihrer Regierungsverantwortung ihr wahres Gesicht gezeigt: Die Probezeit der Lehrlinge wurde verlängert, die Behaltefrist gekürzt, die Nachtarbeitszeit für Lehrlinge im Gastgewerbe verlängert. Auch stimmte sie den Kürzungen im Schulwesen und der Einführung von Studiengebühren zu und forciert weitere Verschlechterungen wie etwa die Kürzung der Familienbeihilfe für „undisziplinierte“ Jugendliche oder härtere Strafen für Schüler_innen.

Statt die Arbeitnehmer_innen steuerlich zu entlasten wurde unter schwarz-blau die Körperschaftssteuer auf die Gewinne von Kapitalgesellschaften von 34 auf 25 Prozent gesenkt und die Gruppenbesteuerung als Zuckerl für die Konzerne eingeführt. Unter Verantwortung der FPÖ wurden später vom Verfassungsgerichtshof jedoch wieder aufgehobene Ambulanzgebühren zu Lasten der Patient_innen eingeführt und die Unfallrenten besteuert.

Zwischen 2000 und 2006 betrachtete die FPÖ die Republik als Selbstbedienungsladen für ihre Klientel. Unter schwarz-blau wurde die von den vorherigen rot-schwarzen Regierungen begonnene Privatisierung der verstaatlichten Industrie vollendet. Etwa durch die Vollprivatisierung der voestalpine und der Austria Tabak sowie die Privatisierung der

62.000 Bundeswohnungen. Unglaubliche Verflechtungen, dubiose Geschäfte und Absprachen kamen erst Jahre nach dem Scheitern des schwarz-blauen Experiments zu Tage: Skandale rund um die Telekom Austria, Hypo Alpe Adria, verkaufte Staatsbürgerschaften, BUWOG etc.

Seit jeher sind AK und ÖGB ein Feindbild der FPÖ: Sie fordert deren Fusion, will die Kollektivvertragspolitik der Gewerkschaften unterlaufen und die Ressourcen der Arbeiterkammern durch eine Kürzung der AK-Umlage beschneiden, rüttelt am Streikrecht oder will die Streichung von Feiertagszuschlägen für aus der Kirche ausgetretene Beschäftigte an kirchlichen Feiertagen.

Besonders deutlich wird die asoziale politische Praxis der FPÖ auch dort wo sie aktuell Regierungsverantwortung hat. So zeigt sich die FPÖ in der schwarz-blauen Koalition in der oö Landesregierung als Vorreiter bei der Verschlechterung der Mindestsicherung, nachdem der blaue Wohnbaureferent Haimbuchner schon vor 2015 durch Streichung der Wohnbeihilfe für Alleinerzieher_innen Empörung auslöste. Im jetzt vom blauen Bürgermeister Rabl geführten Wels wurde umgehend nach der Wahl eine ganze Palette unsozialer Maßnahmen (mobile Altenhilfe, soziale Betreuungsdienste, barrierefreies Bauen, Wohnkostenzuschuss etc.) präsentiert. Und im Koalitionspekt der rot-blauen Koalition in Linz ist dezidiert die Verschlechterung des Aktivpasses sowie eine Durchforstung der Sozialausgaben angeführt.



Ein Buchtipps von Michael Graber

BRILLANTE IDEEN

„Die Millionärssteuer – und sieben andere brillante Ideen, die Welt zu verändern“, unter diesem etwas bombastischen Titel brachte der Verlag Neue Impulse eine Zusammenstellung von Reformvorschlägen von Mandatären und Funktionären der belgischen Partei der Arbeit heraus.

Die Vorschläge befassen sich im Einzelnen, abgesehen von der bereits im Titel genannten Millionärssteuer mit der Forderung nach der 30 Stundenwoche, dem kommunalen Wohnbau, der ärztlichen Versorgung für alle, mit der Reform des Bildungssystems, mit der „klimaneutralen Stadt“, mit Maßnahmen gegen Diskriminierung (insbesondere von MigrantInnen) und mit einem Plädoyer für direkte Demokratie.

Die Besonderheit der meisten Vorschläge besteht darin, dass sich die AutorInnen in Europa umgesehen haben und abgesehen von der Millionärssteuer und der 30 Stundenwoche schon real bestehende Beispiele als Grundlage der Reformvorschläge hergenommen haben. Zwar zielen die Beispiele aus anderen europäischen Ländern auf die Veränderung der konkreten Situation in Belgien, aber in vielen Darstellungen findet auch der österreichische gewerkschaftliche Leser Anregungen für die Politik in Österreich.

Als „best practice“ Beispiel in Europa für den kommunalen Wohnbau beziehen sich die AutorInnen auf den kommunalen Wohnbau in Wien. Hier wird deutlich wie Wien von den Grundlagen, die das „Rote Wien“ in den 20er und 30er Jahren schuf, noch heute profitiert, insbesondere wenn man die Wohnverhältnisse und ihre Kosten für die MieterInnen in Betracht zieht. Was die AutorInnen dabei nicht erwähnen ist die zehnjährige Unterbrechung im sozialen kommunalen Wohnbau, der erst durch die langjährige Kritik und Forderung linker Opposition beendet werden konnte.

In den Vorschlägen für die kostengünstige medizinische Versorgung für alle greifen die AutorInnen auf das Beispiel der Organisation „Medizin für das Volk“ zurück, die die maoistischen Vorgänger der Par-

tei der Arbeit vor über 40 Jahren in Belgien gegründet haben. Die Bedeutung dieser Organisation für das belgische Gesundheitswesen geht aus der Tatsache hervor, dass der Selbstbehalt für Patienten in Belgien der höchste in Europa ist. Offenbar geht ein Teil des kommunalpolitischen Erfolgs der belgischen Partei der Arbeit in letzter Zeit nicht zuletzt auf dieses Engagement im Gesundheitswesen zurück. Als Vorbild für Reformen im Bildungssystem nehmen sich die AutorInnen das finnische Bildungssystem vor, wobei es im Kern um die Gesamtschule der 6 bis 16-jährigen geht und entwickeln daraus die multikulturelle, polytechnische, breit gefächerte Schule, in der demokratische Pädagogik angewendet wird.

Am Beispiel München wird die Bedeutung kommunaler Energieversorgung dargestellt und die kommunalen, genossenschaftlichen und staatlichen Eigentumsformen als Voraussetzung für nachhaltiges ökologisches Wirtschaften dargestellt.

Argumente und strukturelle Beispiele für Methoden der An-



tidiskriminierung und der direkten Demokratie auf allen Entscheidungsebenen der Politik vervollständigen das im Buch vorgestellte Reformprogramm. In Summe ergibt das noch keine neue Gesellschaftsordnung, aber genügend Anhaltspunkte für ein Nachdenken über Möglichkeiten für dringendste progressive Reformen auch im eigenen Land.

Peter Mertens (Hrsg.), Die Millionärssteuer und sieben andere brillante Ideen, die Welt zu verändern, Neue Impulse Verlag, 2015.



GLB IN KÄRNTEN

Der GLB-Kärnten nimmt im Volkshaus Klagenfurt seine Arbeit mit voller Begeisterung auf! Alle aktive und potenzielle GLB-Betriebsrät_innen, vernetzt Euch! Erstes Ziel in Kärnten ist es, eine kompetente, arbeitsrechtliche Beratung allen Erwerbstätigen in einer geregelten Form mit Parteienverkehr anzubieten, darüber hinaus in einer gemütlichen Atmosphäre sich mit Betroffenen auszutauschen.

Kontakt: GLB-Kärnten, Südbahngürtel 24, 9020 Klagenfurt, Telefon +43 660 8097117, Mail kaernten@glb.at

DIE HERRSCHENDE MEINUNG

War Griechenland noch im ersten Halbjahr 2015 von Politik und Medien bestimmtes Feindbild, wechselte dies dann schlagartig zum Thema Flüchtlinge. Die aktuelle Asyldebatte zeigt, wie schnell und gezielt sich der mediale Mainstream ändern kann.

Rechte Hetzer haben mit Argumenten wie „Das Weglassen von Informationen ist Informationspolitik“ oder „Medien wählen von den vielfältigen Ereignissen aus, was sie berichten und was nicht“ schnell das Wort von der „Lügenpresse“ zur Hand. Haben doch FPÖ und Konsorten gut erkannt, wie leicht man die Volksmeinung ins Abseits lenken kann, wenn für alles und jedes die Flüchtlinge verantwortlich gemacht werden.

Es ist geradezu zynisch, wenn angesichts dieser Zustände aus dem rechten Eck inflationär und missbräuchlich das Bachmann-Zitat „Die Wahrheit ist den Menschen zumutbar“ in die Debatte eingeworfen wird. Ist doch die „Wahrheit“ aus der Sicht der Hetze eine ganz andere als jene aus der Sicht aller jener, die sich zumindest einen Rest an Solidarität, sozialem Empfinden und humanen Denken bewahrt haben.

ORF-Redakteur Armin Wolf hat zu einer Debatte der „Standard“-Redaktion auf Aspekte des zeitgeistigen Medienbetriebes hingewiesen. Zur Funktion von Medien zitierte er Ex-ORF-Chef Gerd Bacher mit dem Sager „Journalismus ist die Unterscheidung zwischen wichtig und unwichtig, wahr und unwahr, Sinn und Unsinn.“ Mit der Aussage „Professionelle Medien sind dazu da, über Ereignisse von öffentlicher Relevanz zu berichten“ bestätigt freilich der Starjournalist Wolf ungewollt auch die Funktion seinesgleichen in den führenden Medien, vor allem im öffentlich-rechtlichen ORF.

So richtig wie falsch: Denn welche Interessen bestimmen diese Relevanz? Bei kritischer Betrachtung der Praxis des ORF wie auch sogenannter „Qualitätsmedien“ Marke „Standard“ oder „Presse“ bleibt die vielzitierte Unabhängigkeit und Objektivität allzu oft auf der Strecke. Sei es durch den parteipolitischen Proporz in der Medienmaschine ORF oder durch den neoliberalen

Zuschnitt, dem sich auch hochqualifizierte Starjournalisten meist recht freiwillig unterwerfen. Schließlich gilt die Erkenntnis „Die herrschende Meinung ist (immer) die Meinung der Herrschenden“ aus der „Deutschen Ideologie“ von Marx und Engels heute wie damals.

Ein Beispiel dafür ist etwa, wenn bei unreflektierter Gleichsetzung rechte und linke EU-Kritik für die Misere der EU und ihr mögliches Scheitern verantwortlich gemacht wird, während das Kartell von Konservativen, Sozialdemokratie, Liberalen und Grünen und die von diesen Kräften getragene neoliberale Politik mit allen unsozialen Verwerfungen schöngeschrieben wird.

Zeichneten sich Medien in früheren Jahrzehnten durch Verschweigen unangenehmer Themen aus, so schütten sie heute die Menschen mit medialem Schrott regelrecht zu. Man kann schließlich durch eine exzessive Personalisierung und eine Flut von Nebensächlichkeiten den Blick auf das Entscheidende, etwa auf wirtschaftliche Strukturen und Machtverhältnisse, gezielt vernebeln.

Zudem tendieren insbesondere der Boulevard und das Fernsehen im Drang nach möglichst hohen Einschaltquoten dazu, durch eine ausgeprägte Live-Berichterstattung die Menschen möglichst ständig un-

ter Spannung zu setzen. Etwa durch ausführliche Vor-Ort-Berichte über Kriminalfälle, bei der sich dann völlig inkompetente Personen äußern dürfen. Quasi als „Ausgleich“ zu den selbsternannten, unabhängigen und natürlich auch niemand verantwortlichen „Expert_innen“ welche zunehmend den Medienbetrieb bestimmen und uns erklären wollen, wo es politisch langgeht.

Wie Medienpolitik durch Weglassung funktioniert, wird auch bei der Flüchtlingsdebatte bestimmt. Etwa wenn die massiven Waffenlieferungen der europäischen Rüstungsindustrie an Despotenregime Marke Saudi-Arabien gezielt tabuisiert werden. Auch für die Medien geht das Geschäft vor der Moral. Moralisiert werden darf allenfalls über das tragische Los der infolge solcher Rüstungslieferungen und dadurch verursachter Kriege aus ihren Ländern vertriebenen Menschen. Aber über die Geschäfte der Mordindustrie zu berichten, gilt als No-Go.

Dass millionenschwere, mit Regierungsinseraten aus Steuergeldern gefütterte Revolverblätter wie „Kronzeitung“, „Österreich“ oder „Heute“ mit gar nicht oder nur mangelhaft recherchierten Hetzgeschichten Stimmung machen, sich aber völlig unbeteiligt abputzen, wenn sich der Inhalt als unwahr herausstellt, ist bekannt. Gehört die Frage nach dem Rücktritt von Politiker_innen zum Standardrepertoire von Spitzenjournalisten, so schließen sie solches für sich selbst grundsätzlich aus. Gilt doch die vierte Macht im Staate als sakrosankt. Und grundsätzlich gilt nach wie vor, dass „die Pressefreiheit die Freiheit von 200 reichen Leuten ist, ihre Meinung zu verbreiten“ (Paul Sethe).

Armin Wolf hat recht, wenn er meint „Medien dürfen nicht nur – sie sollen ganz viel weglassen: Das Unwichtige, das Unwahre und das Unsinnige.“ Wolf und seinesgleichen könnten damit beginnen, den Hetzern der FPÖ nicht mehr ständig Raum zu bieten, ihr Gift an das Publikum abzusondern. Was freilich bei einer parteipolitisch so durchstrukturierten Medienmaschine wie dem ORF wohl nur ein Wunschtraum ist.



GEFAHR DES AUSVERKAUFS

Nach dem Ausverkauf der verstaatlichten Industrie ab den 1980er Jahren und dem Privatisierungswahn der schwarz-blauen Regierung in den 2000er Jahren ist es etwas stiller um das noch verbliebene öffentliche Eigentum in der österreichischen Industrie und Wirtschaft geworden.

In der ÖIAG verblieben letztlich nur mehr der 31,5 Prozent Aktien-Anteil an der ÖMV, der Mehrheitsanteil von 52,85 Prozent an der österreichischen Post und knapp über ein Drittel an den Casinos Austria (33,24 Prozent). Der Anteil der Republik Österreich an der Telekom ist nach dem Einstieg des mexikanischen Milliardärs Slim auf 28,42 Prozent gesunken. Daneben wird noch ein Immobilien-Rest der ehemals verstaatlichten Schoeller-Bleckmannwerke verwaltet.

ÖBIB ANSTELLE DER ÖIAG

Immerhin wurde die ÖIAG in den letzten Jahren unter der SPÖ-geführten Koalitionsregierung, die durch die schwarz-blaue Regierung in eine Privatisierungsagentur verwandelt wurde, in der sich die Leute der Industriellenvereinigung jeweils die Klinke in die Hand gedrückt hatten, in die ÖBIB umgewandelt, wobei die Vertreter der Regierung, konkret der Finanzminister, wieder die politische Kontrolle und Verantwortung übernommen haben.

Die weiteren größten öffentlichen Infrastrukturbetriebe, die ÖBB, die Asfinag und der Verbundkonzern (dessen 51prozentiger staatlicher,

verfassungsmäßig abgesicherter Aktienanteil), werden nicht von der ÖBIB gehalten, sondern unterstehen den jeweiligen Ministerien und damit direkter und nicht indirekter Kontrolle.

Nachdem die privaten Aktien der in der ÖBIB gehaltenen Konzerne an der Börse gehandelt werden, ist der Börsenwert der jeweiligen ÖBIB-Anteile abschätzbar, er beträgt gegenwärtig etwa 4,5 Mrd. Euro. Nimmt man noch den staatlichen Anteil an dem Verbundkonzern dazu, sind es etwa 5,4 Mrd. Euro. All diese Konzerne bestehen aus über 33.000 Arbeitsplätzen, im Verbund sind es 5.000.

SCHWARZ-BLAUE GELDFLÜSSE

Dieser Rest der ehemals verstaatlichten Industrie lieferte seit 2003, abgesehen von den jeweiligen zu zahlenden Steuern, 2,5 Mrd. Euro an Dividenden ins Budget ab. Diese hätten allerdings wesentlich höher sein können, wenn nicht in den Konzernzentralen absurd hohe Managergehälter gezahlt würden. Außerdem sind in den Privatisierungen unter der schwarz-blauen Regierung dutzende Millionen an „Provisionen“ und Schwarzgelder geflossen, die noch immer mühsam durch die Justiz aufgearbeitet werden müssen.

Allerdings steht der Casino-Austria Anteil noch immer auf der Privatisierungsliste des derzeitigen Finanzminister Schelling, was auch die Österreichischen Lotterien, die sich im Eigentum der Casinos Austria befinden, betreffen würde. Nach einigen Turbulenzen der letzten Monate ist der Ausgang dieses Coups noch offen.

ABTAUSCH ÖMV-GAZPROM?

Wesentlich wichtiger ist allerdings die derzeitige Auseinandersetzung über die Politik der ÖMV-Konzernspitze. Wie in den Medien nach einem öffentlichen Aufschrei der ehemaligen ÖIAG-Aufsichtsrätin und Siemens-Managerin Brigitte Ederer bekannt wurde, verhandelt die ÖMV mit der russischen Gazprom über einen Tausch von Eigentumsanteilen. Die ÖMV will sich an einem russischen Gasfeld in Sibirien beteiligen und unter Umständen dafür Teile der Raffinerie Schwechat abgeben.

Nun ist zwar die enge Zusammenarbeit mit dem russischen Öl- und Gaslieferanten nichts Neues. Bereits 1968 kam der erste Gasliefervertrag mit der damaligen Sowjetunion zustande, von dem Österreich stark profitiert und über Jahrzehnte die Versorgung gesichert hat. Das hat Jahrzehnte ohne gegenteilige Beteiligungen funktioniert. Warum soll das jetzt anders sein? Gazprom ist zwar ein staatlich kontrollierter Konzern, der größte des derzeitigen Russland, warum soll diesem aber Eigentumsrechte an Österreichs größtem Konzern eingeräumt werden? Der Einfluss Österreichs auf die ÖMV und damit auch auf die Raffinerie ist nicht nur durch die Drittelbeteiligung sondern auch durch einen Syndikatsvertrag mit den anderen arabischen Großaktionären gesichert. Durch eine Drittelbeteiligung am Borealis-Konzern kontrolliert die ÖMV auch wesentlich die österreichische Petrochemie. Auch hier besteht die Gefahr eines Ausverkaufs an Gazprom.

DIE INTERESSEN ÖSTERREICHS

Die Sicherung der nationalen Interessen an diesen größten österreichischen Industrieunternehmen ist allerdings Sache Österreichs selbst. Die Zurufe aus der EU sind dazu überflüssig. Dieser geht es nur darum, die Zusammenarbeit mit Gazprom zugunsten der Sanktionspolitik gegenüber Russland zu behindern. Aber auch das hat mit den nationalen Interessen Österreichs nichts zu tun.



Michael Graber ist Volkswirt und Wirtschaftssprecher der KPÖ

GEWERKSCHAFTSVERTRETUNG

In Deutschland sind über 2,3 Millionen Menschen - das sind 6 Prozent aller Erwerbstätigen - als Solo-Selbstständige tätig.

Die Gewerkschaft Ver.di bietet ihnen ein Beratungsservice an: <http://www.mediafon.net>, das Beratungsnetz für Solo-Selbstständige und Selbstständige. Ver.di hat damit ein Informations- und Beratungsnetzwerk für alle Berufe und Branchen aufgebaut. Es arbeitet hochprofessionell und kompetent mit jährlich etwa 2500 individuellen Beratungen. Ver.di hat in diesem Bereich 30.000 Mitglieder. Die persönliche Beratung ist für (zukünftige) Ver.di - Mitglieder kostenlos. Anderen werden für die Telefon- oder Mailberatung 15,- € plus 19% Mehrwertsteuer pro angefangener Viertelstunde berechnet.

NEUE ZIELGRUPPE

Über weitere Angebote für diese Gruppe von Menschen berichtete Ute Kittel vom Ver.di Bundesvorstand auf dem Gewerkschaftskongress im September. In Hamburg gibt es eine fachbereichsübergreifende Beratung, in Berlin hat sich eine Gruppe von Honorarkräften an Volkshochschulen zusammengetan

und konnte gemeinsam durch ihren Zusammenhalt stabilere Honorare durchsetzen.

Ver.di will in dem Bereich mehr Mitglieder gewinnen und mit ihnen gemeinsam kollektive Lösungen entwickeln. Sonst würden noch mehr reguläre Arbeitsverhältnisse unter Druck kommen. Es seien nach Einführung des gesetzlichen Mindestlohns nur noch die Solo-Selbstständigen, deren Mindesteinkünfte völlig unreguliert sind. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung leben 700.000 Solo-Selbstständige von weniger als 8,50 Euro pro Stunde, zum Beispiel in der Pflege. Experten fürchten, dass die Zahl bald massiv zunimmt.

AUCH IG METALL

Auch die IG Metall will die Arbeitsbedingungen von Solo-Selbstständigen und Crowdworkern verbessern. Schon im Mai hatte die Gewerkschaft ein Online-Portal für <http://www.faircrowdwork.org> etabliert. Dort können sich Solo-Selbstständige austauschen, beraten lassen und die „Fairness“ von Arbeitgebern bewerten. Beim Gewerkschaftstag hat die IG Metall auch ihre Satzung

für Freiberufler und Schüler geöffnet: „Selbstständige, die gewerblich oder freiberuflich ohne selbst Arbeitgeber zu sein, Tätigkeiten in Wirtschaftszweigen bzw. für Betriebe“ im Organisationsbereich der IGM „erbringen, können Mitglieder der IG Metall werden.“

Auch mit Blick auf den Nachwuchs, hat der Gewerkschaftstag die Satzung erweitert. Schülerinnen, Schüler und Studierende berufsbildender Schulen, Universitäten etc. deren Ausbildungsgang eine spätere Tätigkeit im Organisationsbereich der IG Metall ermöglichen, können Mitglieder der IG Metall werden.

In Österreich wurden 2013 330.000 Ein-Personen-Unternehmen (EPU) gezählt. Die GPA/djp bietet ihnen mit work@flex ebenfalls eine Plattform. Es ist die Interessengemeinschaft für Menschen mit atypischen Beschäftigungen, Betroffenen von prekärer Beschäftigung und (unfreiwillige) Selbstständige ohne eigene MitarbeiterInnen. http://www.gpa-djp.at/cms/A03/A03_1.10.2

Ein Buchtipp von Anne Rieger

„WIR WERDEN SICHTBAR“

Flüchtlingen, die 2012 nach einem Fußmarsch aus Bayern nach Berlin kamen protestieren zuerst am Alex, dann im Protestcamp am Oranienplatz, später auf dem Dach einer Schule. „We become visible“. Sie verlangen das Ende der Residenzpflicht, des Abschiebestopps, die Abschaffung von Gemeinschaftsunterkünften. Vor allem fordern sie Arbeit.

Der Protagonist Richard, ein gerade emeritierter Professor, der nichts mehr zu tun hat, außer seinem „Krempel“ aus dem Institut zu Hause einen Platz zu geben, die Odyssee zu lesen oder bei Ovid nachzuschlagen, hat einfach nur Zeit, „die ihn quält“. Ohne Kinder, die Frau verstorben, die Geliebte gegangen, wird dieser mit überflüssiger Zeit zu leben Lernende den geflohenen Menschen aus Afrika gegenübergestellt. Sie haben ebenfalls Zeit.

Der Professor beginnt ein Projekt, lernt aus Büchern über die Länder und Lage der Flüchtlinge. Er entwirft Fragen und geht damit zu den Geflohenen, um sie zu interviewen. Mit der Zeit lernt er ihre Erlebnisse, ihre Persönlichkeiten, die Ursachen ihrer Flucht kennen, verliert die akademische Distanz und hilft. Er begleitet sie zu Behörden, erklärt unverständlicher Papiere, gibt Deutsch- und Klavierunterricht oder hört einfach nur zu. Er lernt Begriffe wie Dublin II, Duldung, Rückführung, Abschiebehaf, Asylrechtsverordnung, Aufenthaltstitel, Ausreisefristverlängerung, Engpassberufe.

Erpenbeck gibt mit dem sehr gut recherchierten Roman Angekommenen aus Ghana, Sierra Leone oder Niger ein Gesicht. Sie erzählen ihre Geschichten. Die Kritik am

inhumanen – bürokratisch versteckten – Umgang mit flüchtenden Menschen ist unüberlesbar. Der Wunsch vieler Menschen den Geflohenen zu helfen wird besonders gut herausgearbeitet, als die Gruppe der flüchtenden Menschen zum dritten Mal zerteilt werden soll und für 147 von 469 ein Schlafplatz in Berlin außerbehördlich organisiert wird: „Wo die übrigen 329 geblieben sind, bringt Richard nicht in Erfahrung“. Denn sie müssen nach den Regeln des deutschen Rechts nach Italien zurück, wollen aber nicht. Deutlich zeigt sich die Grenze der individuellen Hilfsmöglichkeiten, wenn die Regierung nicht gezwungen wird, die Gesetze zu ändern.

Jenny Erpenbeck: Gehen, ging, gegangen. Roman. Knaus-Verlag, München 2015. 352 S., 19,99 Euro

POTENZIAL IST VORHANDEN

Ein klares Argument für eine Wertschöpfungsabgabe, wie sie die Fraktion Gewerkschaftlicher Linksblock im ÖGB (GLB) seit langem fordert, ist das jetzt präsentierte aktuelle Wertschöpfungsbarometer der öö Arbeiterkammer.

Laut der AK-Studie überstieg in den 934 bisher untersuchten Unternehmen mit 400.062 Beschäftigten 2014 die durchschnittliche Pro-Kopf-Wertschöpfung mit 96.446 Euro den durchschnittlichen Pro-Kopf-Personalaufwand um 33.165 Euro, die Gewinnauszahlungen pro Beschäftigtem sind auf 14.551 Euro gewachsen. Den AK-Daten zufolge stiegen von 2000 bis 2014 die Gewinnauszahlungen um 77 Prozent, der Personalaufwand hingegen nur um 31 Prozent.

Einmal mehr wird damit die berühmte Leitl-Formel „Die Gewinne von heute sind die Arbeitsplätze von morgen“ widerlegt, weil die Eigentümer einen viel zu großen Anteil des von den Lohnabhängi-

gen erarbeiteten Mehrwerts statt in die Unternehmen zu investieren am Kapitalmarkt verzocken. Nicht genug damit, verstärkt die Kapitalseite mit niedrigen KV-Abschlüssen und dem immer stärkeren Druck zur Senkung von Lohnnebenkosten das Verhältnis zwischen Produktivität und Lohn und führt damit die Sonntagsreden von sozialer Marktwirtschaft und Sozialpartnerschaft ad absurdum.

Nach Meinung des GLB ist es höchst an der Zeit die vom damaligen Sozialminister Alfred Dallinger (SPÖ) bereits 1983 erstmals angedachte und medial als „Maschinensteuer“, „Experimentierfeld für linke Steuerideen“, „Vertreibungssteuer“ und „Unfug“ diffamierte Wertschöpfungsabgabe auf die Tagesordnung zu setzen. Konkret fordert der GLB die Bemessung der Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung sowie der Kommunalsteuer nach der gesamten Wertschöpfung statt wie derzeit nach der reinen Lohnsumme vorzunehmen.



Leider folgte der „Wiederentdeckung“ der Dallinger-Vision durch den jetzigen Sozialminister Rudolf Hundstorfer bis dato keine Taten, bemängelt Stingl. Dass die ÖVP das Thema als „Belastungsidee aus der roten Mottenkiste“ abzustempeln versucht zeigt, dass damit beim Kapital und seinen Sprachrohren ein wunder Punkt getroffen wird. Der GLB hat die Notwendigkeit einer Wertschöpfungsabgabe mit einem Antrag in der öö Arbeiterkammer-vollversammlung im Mai 2015 thematisiert.

Herbert Rolle zur Bundespräsidentenschaftswahl

MIT KHOL.DAMPF IN DIE HOFBURG?

Groß ist sie, die Familie der Kohlgewächse. Grünkohl, Rotkohl, Rosenkohl, Schwarzkohl und Krauskohl. So lauten zumindest die bundesdeutschen Bezeichnungen.

In Österreich ist manches anders. Hier heißt der Rosenkohl tatsächlich Kohlsprossen und der Rotkohl einfach Blaukraut. Und wenn wir schon einen Krauskohl haben, dann schreibt er sich ganz anders: Grauskohl. Und das zu Recht.

Es kommt einem das Grausen, wenn man den schwarzen Khol über das christliche Gebot der Nächstenliebe dozieren hört. Khol meinte gar grauslich: „Ich bin ein Freund der Nächstenliebe, die Nächstenliebe kann aber nicht nur eine Fernstenliebe sein ... wir müssen zuerst auf unsere Leut' schauen.“

Damit hat es gerade er als Vertreter der christenschwangeren Volkspartei – nein Partei – geschafft, das wirklich ehrenwerte Herz christli-

cher Ethik in den Dienst der Menschenverachtung und Ausländerhetze zu stellen. Kann man so oft in der Kirche sitzen und gar nichts kapieren?

Wie will jemand Bundespräsident sein, wenn er nicht einmal die simpelsten Regeln des Zusammenlebens versteht? So etwas hat vor Jahren mein elender Nazi-Geschichtspräsident in der Linzer Fa-



dingerschule auch geschafft. Auch er meinte: „Der Inländer ist mein Nächster. Der Ausländer aber mein Übernächster.“

Wer Kohlgemüse aufwärmt, stellt fest, dass es zu stinken beginnt. Andreas Khol braucht man gar nicht aufwärmen. Der üble Geruch der Strache-Anbiederung ist gleich zu Anfang des Wahlkampfes zu riechen. Mit „Khol.Dampf“ vorbei am Amt und vorbei an der Hofburg. Das ist Österreich zu wünschen.

Wir haben genug neue Menschenhasser. Sollen die, die bereits in Pension sind, auch in Pension bleiben! Khol bleibt selbst dann hohl, wenn er Andreas heißt.



Herbert Rolle ist Betriebsrat im Diakoniewerk Gallneukirchen

INTERNATIONAL GEGEN PRIVATISIERUNGSWAHN

Am 25./26. Jänner 2016 trafen sich auf Initiative des Weltgewerkschaftsbundes und der griechischen Gewerkschaftsbewegung P.A.ME klassenorientierte Gewerkschafter_innen rund um die Branchenvereinigung der Öffentlichen Dienste (TUI Public Services) unter anderem aus Griechenland, Österreich, Zypern, Frankreich, Portugal, Rußland, Lugansk, Schweden, Tschechien und Italien im Gebäude des EU-Parlaments in Brüssel.

Thema dabei waren die von der EU und ihren Institutionen nach wie vor angestrebte Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen, sozialer Sicherungssysteme und damit auch der Grundversorgung. Als Vertreter des Weltgewerkschaftsbundes machte Oliver Jonischkeit in seinem Redebeitrag darauf aufmerksam, dass der so oft heraufbeschworene sogenannte „soziale Dialog“ in der EU ziemlich ergebnislos war und letztlich vor allem den Zweck erfüllt, kompromissbereite – im Europäischen Gewerkschaftsbund organisierte – Gewerkschaften einzubinden und deren Kampfkraft dadurch zu schwächen.

Wie ernst es der EU mit der in der „Strategie 2020“ festgeschriebenen Armutsbekämpfung ist, zeigt sich an der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit in den Ländern der EU. In einigen Ländern ist fast jeder zweite Jugendliche arbeitslos, eine ganze Generation wird um ihre Zukunft betrogen. Mit TISA, dem geplanten „Trade in Services Agreement“, besteht nun die Gefahr, dass auch Bereiche der öffentlichen Grundversorgung privatisiert werden.

Weiters sollen in den Euro-Ländern „Wettbewerbsräte“ eingerichtet werden, welche die wirtschaftliche Entwicklung – aber auch jene der Arbeitskosten – in den Ländern beobachten sollen. Dazu gehören natürlich auch Löhne und Gehälter. Zu befürchten ist, dass es beim „Beobachten“ nicht bleibt, sondern in Folge die Gefahr besteht, dass in die Kollektivvertragssysteme eingegriffen werden soll.

Pier Paolo Pasolini von der italienischen Gewerkschaft USB berichtete über den begonnenen Start

der Privatisierung der italienischen Post und im Gesundheitssystem und stellte die Frage, was unter „europäischen Visionen“ zu verstehen ist – und ob diese nicht vor allem dem Kapital nützen? Ein U-Bahnfahrer der Metro von Stockholm berichtete, dass diese zwar noch in öffentlichem Eigentum ist, jedoch mit einem ausgelagerten Unternehmen, das auch beim öffentlichen Nahverkehr unter anderem in Hongkong und Kyoto sein Geld verdient. Die griechischen Kolleg_innen, etwa aus dem Gesundheitsbereich, berichteten von der katastrophalen Lage der Gesundheitsversorgung – aber auch den unsicher gewordenen Arbeitsplätzen in diesem und anderen öffentlichen Bereichen.

In einer einstimmig beschlossenen Resolution wurde beschlossen, den gemeinsamen Kampf gegen Privatisierungen zu verstärken. Durch Initiativen in unseren Ländern, gemeinsam mit weiteren klassenorientierten Gewerkschafter_innen, durch bessere Vernetzung und durch einen gemeinsamen Internationalen Aktionstag der Branchenvereinigung der öffentlichen Dienste am 4. April 2016 mit möglichst vielen Aktionen und Demonstrationen in den verschiedenen Ländern der EU. Ende 2016 soll es dann ein weiteres Treffen geben, bei denen die Aktivitäten rund um den Aktionstag – aber auch weitere Initiativen, die bis dorthin von den Mitgliedsgewerkschaften gesetzt wurden, eingeschätzt und über weitere Schritte beraten werden soll. Zudem werden alle Gewerkschaften alles zur Unterstützung des 17. Kongresses des Weltgewerkschaftsbundes, der im Oktober in Durban (Südafrika) stattfindet, unterstützen.



Oliver Jonischkeit ist Bundessekretär des GLB

IMPRESSUM:

Herausgeber: Josef Stingl

Verleger: Fraktion Gewerkschaftlicher Linksblock im ÖGB (GLB).

Redaktion: Thomas Erlach, Heike Fischer, Leo Furtlehner, Michael Graber, Franz Grün, Michael Heindl, Anne Rieger

Mitarbeiter_innen dieser

Nummer: Thomas Erlach, Heike Fischer, Leo Furtlehner, Michael Graber, Karin Gruber, Franz Grün, Oliver Jonischkeit, Anita Kainz, Werner Lang, Bärbel Mende-Danneberg, Anne Rieger, Herbert Rolle, Josef Stingl, Cristina Tamas, Gerhard Wimmer

Fotos: GLB-Archiv

Cartoon: Karl Berger

Lektorat: Anita Kainz

Grafik, Satz und Layout: Franz Grün

Druck: Bzoch GmbH, Wienerstraße 20, 2104 Spillern

Kontakt: Redaktion „Die Arbeit“, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Telefon +43 699 10656633, Mail office@glb.at, Web www.glb.at

ZVR-Nummer: 783265801

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion oder des GLB übereinstimmen. Leser_innenbriefe sind willkommen, Kürzung vorbehalten. Die Übernahme von Artikeln ist mit Quellenangabe gestattet.

Einzelpreis: 1 Euro. Im GLB-Mitgliedsbeitrag ist das Abo inkludiert. Das Redaktionsteam arbeitet ehrenamtlich, Druck und Versand kosten jedoch Geld. Spenden sind willkommen!

Bankverbindung: BAWAG IBAN: AT91 1400 0034 1066 5190, BIC: BAWAATWWXXX

Redaktionsschluss dieser

Ausgabe: 1. Februar 2016

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 28. März 2016

Rechtsanwaltskooperation

RISS • SCHRUIFF

Die Spezialisten für
Arbeitsrecht

RA Dr. Ingo Reiß

Gußhausstraße 14 Top 7 1040 Wien

Tel.: 01/526 36 00

ra.riss@kzl.at

www.anwalt-riss.at



GLB SPENDETE FÜR FLÜCHTLINGE

Beim Volksstimmefest 2015 wurden im "Zentrum Arbeitswelt" des Gewerkschaftlichen Linksblocks fast 700 Euro für Flüchtlinge gespendet.

Die GLB-Bundesleitung hat beschlossen, diesen Betrag auf 1.500 Euro aufzurunden.

Diese Spende wurde kurz vor Weihnachten von GLB-Bundessekretär Oliver Jonischkeit an Kollegen Wolfgang Brandl (ÖGB-Verlag) für direkte Hilfsaktionen für Flüchtlinge übergeben.

Die Volksstimme erscheint monatlich. Das Abo für zehn Nummern kostet regulär 50 Euro. Das ermäßigte Abo für zehn Nummern kostet 25 Euro.

Bestellmöglichkeiten:

- Per Email: abo@volksstimme.at
- Über die Webseite: www.volksstimme.at (hier gibt es auch Infos über den Inhalt der letzten Ausgaben)
- Per Post: Volksstimme, Drechslergasse 42, 1140 Wien
- Per Telefon: 0676-6969009 (Abo-Verwaltung: Ilse Wanek)
- Per Fax: 01-5036580-499

Widerspruch kann
abonniert werden.

Gleich hier!

Volksstimme
Politik und Kultur - Zeitschrift links

KARL BERGERS CARTOON



Die Arbeit: ISSN 1609-0217, DVR: 0646145

Öffentliches Medium: Dieses Medium liest der „Observer“, Österreichs größter Medienbeobachter.

Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 3002 Purkersdorf, Benachrichtigungspostamt 1020 Wien

Österreichische Post AG/Sponsoring-Post – GZ 02Z031433 M.

Bei Unzustellbarkeit bitte zurück an GLB, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien